

Für eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche

Wozu braucht es ein neue ArbeiterInnenpartei?
Beispiele u.a. aus Irland, Brasilien, Griechenland, ...

5 Jahre DIE LINKE in Deutschland

Was zeichnet eine ArbeiterInnenpartei aus?

Welches Programm in Zeiten der Krise?

Mythen und Märchen über die SPÖ

Die SLP und die neue ArbeiterInnenpartei

Eine Broschüre der Sozialistischen Linkspartei

Inhalt

Neue Partei: Es ist höchste Zeit!	3
„Und gibt es keine Kampfpartei, dann müssen wir sie gründen...“	6
Aus den internationalen Erfahrungen lernen	14
Deutschland: DIE LINKE – Fünf Jahre nach ihrer Gründung	20
Was zeichnet eine ArbeiterInnenpartei aus?	24
Das Programm zur Krise	26
Mythen und Märchen ...	
... oder fünf gängige Ausreden, um immer noch in der SPÖ zu bleiben	31
SLP & die neue ArbeiterInnenpartei: Wie passt das zusammen?	35
Thesen der SLP zur Frage einer Linkspartei in Österreich (2008)	37

An dieser Broschüre haben mitgewirkt:

John Evers und Sonja Grusch, die wegen ihrer marxistischen Haltung 1992 aus der Jugendorganisation der SPÖ in Wien ausgeschlossen wurden

Franz Neuhold, der Ende der 1990er in Oberösterreich wegen seiner marxistischen Haltung in der Jugendorganisation der SPÖ mit Funktionsverbot belegt wurde

Laura Rafetseder und Sebastian Kugler, die beide 2008 für das Wahlprojekt „Die Linke“ kandidiert haben

Lucy Redler, Mitglied der LINKE und der Strömung AKL und SAV-Bundessprecherin (die SAV ist die deutsche Schwesterorganisation der SLP)

Tilman M. Ruster, der in Deutschland aktiv am Aufbau der Linkspartei in Nordrhein-Westfalen beteiligt war, bevor er in Österreich u. a. bei „Uni brennt“ eine wichtige Rolle spielte

Christian Bunke, der in Britannien in der Socialist Party (Schwesterorganisation der SLP in England und Wales) sowie im NSSN (Bundesweites Netzwerk von BetriebsrätInnen) aktiv war

Impressum:

MHV: Sozialistische LinksPartei, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien, Druck: digiDruck, 1100 Wien

Satz, Umbruch, Layout und Umschlaggestaltung: Harald Mahrer, Wien

Neue Partei: Es ist höchste Zeit!

Korruptionskandale, Sparpaket und „Schuldenbremse“ auf der einen Seite – Parlamentsparteien, die sich kaum unterscheiden, auf der anderen. Einzig die FPÖ, die manchmal versucht, sich als „Opposition“ zu präsentieren. Der Wunsch nach einer neuen Partei ist groß – wirklich gebraucht wird aber eine neue ArbeiterInnenpartei! Eine Partei, die aktiv Kämpfe gegen die Kürzungspolitik unterstützt und organisiert sowie klar gegen den Rassismus von FPÖ & Co. auftritt.

Die etablierten Parteien sind in der Krise. Nur 48 % wissen, wofür die SPÖ „im Wesentlichen“ steht. Das es nicht mehr sind, liegt daran, dass sich SPÖ und ÖVP inhaltlich immer weniger unterscheiden. Kaum jemand wählt noch „für“ eine Partei, viele aber „gegen“ bzw. „taktisch“ oder das „kleinere Übel“. Die Unzufriedenheit mit dem politischen Establishment ist enorm, selbst GebrauchtwagenhändlerInnen wird mehr Vertrauen geschenkt als PolitikerInnen. Angesichts einer nicht enden wollenden Serie von Korruptions- und Justizskandalen: kein Wunder.

Vor diesem Hintergrund findet die Debatte über neue Parteien statt. MeinungsforscherInnen sehen Potentiale von 25 und mehr Prozent für neue politische Kräfte. Da gibt es dann die Piratenpartei, die Onlinepartei und auch Stronach geistert durch die Medien als Parteigründer. Im traditionell bürgerlichen Lager gibt es diverse Altherren-Projekte für mehr Sauberkeit etc., die das Ziel haben, der Krise ihrer Parteien entgegenzusteuern. Auch auf dem Rechts-außen-Eck wird versucht, vom Unmut über die bestehende Politiklandschaft zu profitieren: NVP und EU-Austrittspartei sind zwei Beispiele dafür.

Das sind nur einige der Ideen und Projekte, viele mehr werden noch folgen. Die meisten werden über die Idee nicht hinaus kommen, manche werden eine gewisse Medienaufmerksamkeit haben, manche sogar einige Erfolge bei Wahlen erzielen. Doch um dauerhaft eine Alternative zu den etablierten Parteien anzubieten, braucht es mehr. Gemein ist allen Projekten, dass sie kaum ein Programm haben. Alle sehen sich als „anders“ und „neu“ und aktuell sind natürlich Punkte wie „mehr Demokratie“ und „gegen Korruption“ ganz oben auf der Liste. Doch das ist alles sehr unkonkret. Die Piraten z. B. sind sich nicht einig, ob sie ein Problem mit Nazis haben, die immer wieder versuchen, in ihre Reihen einzudringen. Selbst in ihren Kernthemen gibt es außer allgemeiner Überschriften wenig konkrete Gemeinsamkeiten. Sie sind zwar gegen Acta, das ein noch härteres Patentrecht bedeutet. Sie sind aber auch nicht gegen das Patentrecht an sich. Die partei2null erklärt in ihren Grundsätzen „Die Partei soll außerdem ideologiefrei sein“ und inhaltliche Positionen zu Fragen wie Pensionen, Bildung, Migration u. a. gibt es noch nicht. Diese sollen durch ein permanent tagendes Forum fixiert werden. Dass sich eventuelle MandatarInnen an die Prinzipien halten, darauf kann auch nur gehofft werden. Die Berliner Piraten haben zwar über „liquid-democracy“ (onlineabstimmungen) mehrheitlich gegen eine Erhöhung der Abgeordnetenbezüge gestimmt, die Abgeordneten selbst haben dann aber im Abgeordnetenhaus mehrheitlich dafür gestimmt, dass ihre eigenen

Bezüge erhöht werden! In Innsbruck wird sich rasch zeigen, wie die Piraten in der Praxis agieren.

Bei der Onlinepartei OPÖ sieht es genauso aus, Programm gibt es noch keines, es soll durch Onlineabstimmungen entschieden werden. Was sich super-demokratisch anhört, ist es in der Praxis nicht. Entschieden wird durch jene, die am meisten Zeit im Netz verbringen (können). Was wohl kaum Alleinerzieherinnen, Menschen mit Betreuungspflichten, Menschen ohne Internetzugang (ja, die gibt's!) bzw. die nicht ständig im Internet aktiv sein können u. a. sein werden. Auch Stronach setzt beim Demokratiedefizit an. Beim Gewerkschaftsfeind und „bei mir brauchts keine Betriebsräte“ Großunternehmer blitzt dann aber doch die eine oder andere neoliberale Grundforderung hervor: z. B. jene nach einer Flat-Tax. Ein Steuermodell, das unter dem Deckmantel der Vereinfachung Reiche bevorzugt und Menschen mit niedrigem Einkommen zur Kasse bittet. Die meisten der neuen Parteien sind nur modernere Spielarten einer Liberalen Partei. Keine davon ist „ideologiefrei“, sondern sie stehen alle mit beiden Beinen fest am Boden des Kapitalismus.

So neu ist das ganze eigentlich gar nicht, sondern erinnert an die Entwicklung der Grünen. In ihren Anfängen gaben sie sich ebenfalls „anders“, traten für (Basis) Demokratie und Transparenz ein. Auch sie waren und sind eine Partei auf Grundlage der kapitalistischen Logik, auch wenn einzelne Linke innerhalb der Grünen anti-kapitalistische Positionen vertreten. Piraten & Co. sind also nichts Neues, sondern nur eine Neuauflage grüner und ähnlicher Projekte.

Was es tatsächlich braucht, ist eine Partei der ArbeiterInnen. Gemeint sind damit all jene, die auf einen Job bzw. Sozialleistungen angewiesen sind. Jene Menschen, die aktuell in der Krise am härtesten getroffen sind. Denen durch Kündigungen, Lohnkürzungen, Sozialabbau und gewerkschaftsfeindliche Politik der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Es ist kein Zufall, dass die Medien die verschiedenen Projekte so hypen: Sind sie doch allesamt nicht wirklich gefährlich fürs Establishment. Sie mögen zwar dem einen oder anderen Funktionär den Posten wegnehmen, aber sie haben keine wirklich anderen Konzepte (bzw. gar keine), wie in der Wirtschaftskrise zu agieren ist. Soziale Fragen spielen bei ihnen kaum eine Rolle. Wenn sie in politische Positionen kommen, werden sie sich sehr rasch den angeblichen „Sachzwängen“ beugen.

Doch international gibt es nicht nur diese Neugründungen, sondern welche, die letztlich viel wichtiger sind. Neue, linke Parteien sind in der letzten Periode in Italien, Spanien, Deutschland, Frankreich, Griechenland... entstanden. Manche sind gescheitert, manche sind Teil der Bewegungen und Kämpfe gegen die Kürzungspolitik. Die deutsche Linkspartei – und nicht die Piraten – sind der Grund dafür, dass es dort keine starke rechtsextreme Partei wie die FPÖ gibt.

Die SLP tritt seit Jahren für den Aufbau einer solchen neuen ArbeiterInnenpartei auf. Eine Partei nicht nur zum Wählen, sondern v. a. auch für AktivistInnen der verschiedenen Proteste in Betrieben und Gesellschaft. Wenn es so eine Partei gibt,

dann können z. B. Proteste wie jene rund um die Plattform 25 in der Steiermark Sozialabbau erfolgreich zurückschlagen. Die SLP hat eine doppelte Aufgabe: Einerseits den Aufbau der SLP, einer revolutionären Partei, deren Ziel es ist, den Kapitalismus zu stürzen und eine sozialistische Gesellschaft zu errichten. Und außerdem den Aufbau einer neuen breiteren ArbeiterInnenpartei zu unterstützen. Wir sind diese neue Partei nicht, aber wir werden dafür eintreten, dass eine solche neue ArbeiterInnenpartei ein sozialistisches Programm hat.

Demokratiefragen sind sehr wichtig – und müssen in Verbindung mit sozialen Fragen gesehen werden. Echte Demokratie kann es nur geben, wo es keine soziale Ungleichheit gibt. Eine wirklich neue Partei muss daher sozialistische Antworten auf die Krise geben, sich gegen jede Form von Rassismus & Sexismus stellen und Demokratie in der echten, und nicht nur der virtuellen Welt umsetzen. Eine neue Partei der ArbeiterInnen ist notwendig, und das Potential dafür ist da. Die Frage lautet also, ob man diesen Prozess der Neuformierung den Stronachs, Piraten u. a., und den Rest des Protestes der FPÖ überlässt. Diese Herausforderung stellt sich umso dringlicher, weil laut Umfragen gerade auch das Potential für eine neue linke Partei im zweistelligen Prozentbereich liegen dürfte. Die Frage lautet demnach letztlich nicht, ob eine linke Partei ohne Chancen wäre, sondern ob bzw. wie diese Chance in den nächsten Monaten und Jahren genutzt werden kann.

Wien, im April 2012

„Und gibt es keine Kampfpartei, dann müssen wir sie gründen...“

...singt die österreichische Polit-Band „Schmetterlinge“. Tatsächlich gibt es in Österreich, wie in vielen anderen Ländern, zur Zeit keine Partei, die die Interessen von ArbeiterInnen und ihren Familien vertritt. Alle Parteien präsentieren sich als „Volksparteien“. Die ÖVP aus Tradition, die SPÖ mit ein bisschen sozialer Rhetorik, FPÖ & BZÖ fürs deutsch-österreichische „Volk“ und die Grünen halt fürs umweltbewegte Volk. Doch in der Praxis machen sie eine Politik, die sich an den Interessen der Wirtschaft, an den sogenannten „Sachzwängen“ orientiert. Alle erklären, dass das Budget „konsolidiert“ werden „muss“. Mit „Verwaltungsreformen“ fordern sie Verschlechterungen für den Öffentlichen Dienst, die uns alle treffen. Keine der Parlamentsparteien stellt in Frage, Milliarden zur Rettung von Banken, die sich auf unsere Kosten bereichern, auszugeben.

Verbürgerlichung der Sozialdemokratie

Am dramatischsten ist die Veränderung bei der SPÖ. Ihre Wurzeln hat sie in der ArbeiterInnenbewegung. Lange war sie eine ArbeiterInnenpartei. Große Teile der ArbeiterInnenklasse – Angestellte, ArbeiterInnen, Arbeitslose und ihre Familien – haben sie als „ihre Partei“ gesehen. Stimmungen und Bewegungen in eben dieser Klasse haben sich in der SPÖ widerspiegelt, ihren Kurs und ihre Politik mitbestimmt. Am Höhepunkt, in den 1970er Jahren, hatte die SPÖ über 700 000 Mitglieder, aktive Basisstrukturen („Sektionen“) in jedem Stadtteil, eine Reihe von lebendigen Vorfeldorganisationen (von „roten“ BriefmarkensammlerInnen über Jugendorganisationen, Sportvereine bis hin zur parteinahen Bestattung). Daran ist nur die Erinnerung geblieben. Die Mitgliederzahlen sind zusammengebrochen, und um die Statistik zu schönen, werden ehemalige Mitglieder oft jahrelang weitergeführt, obwohl sie nicht aktiv sind und auch keinen Beitrag bezahlen. Aktives Parteileben gibt es kaum noch. Beschlüsse, die in den Strukturen gefällt werden (wo diese noch existieren) werden von der Parteiführung bestenfalls zur Kenntnis genommen, Auswirkungen auf den Kurs der Partei haben sie nicht. Programmatisch betreibt die SPÖ neoliberale Sachzwangspolitik. Sie hat 2012 das schlimmste Sparpaket der österreichischen Nachkriegsgeschichte mitgeschlossen. Sie vertritt v. a. die Interessen des (internationalen) Großkapitals. Heimische Unternehmen werden traditionell von der ÖVP bedient, Kleinunternehmen haben eine gewisse Verankerung bei der FPÖ. Der SPÖ ist die soziale Basis weggebrochen. Die traditionelle Verbindung zur Gewerkschaft existiert noch in einer einseitigen und pervertierten Form. Doch es ist kein gemeinsamer Kampf für die Interessen der ArbeiterInnen, sondern ein Kampf der SPÖ gegen die ArbeiterInnen und der Versuch der GewerkschafterInnen, das Schlimmste zu verhindern.

Die SLP hat schon in den 1990er Jahren analysiert, dass die SPÖ „verbürgerlicht“ ist, dass sie keine ArbeiterInnenpartei mehr ist. Ein wichtiger Punkt dabei ist auch, dass sie immer weniger als eine solche Partei gesehen wurde und wird. Zweifellos

gibt es noch eine Schicht älterer ArbeiterInnen, die aus Tradition und oft wider besseres Wissen von „ihrer Partei“ reden. Enthusiasmus ist nie dabei, sondern Frust, Enttäuschung und Resignation. Unter Jüngeren gibt es nicht einmal mehr dieses Element der Tradition. Sie kennen die SPÖ nur als eine Partei von Privatisierung, Sozialabbau und rassistischen Gesetzen. Die SPÖ ist keine ArbeiterInnenpartei mehr. Daran ändert auch nichts, dass Umfragen zeigen, dass ArbeiterInnen die SPÖ wählen. Sie wählen in Ermangelung einer Alternative das „kleinere Übel“ und entscheiden sich für eine der bürgerlichen Parteien im Angebot, von der sie hoffen, dass sie nicht ganz so schlimm ist wie der Rest.

Linke in der SPÖ erklären seit Jahrzehnten, dass es notwendig ist, die SPÖ wieder zurückzugewinnen. Wir glauben, dass dieser Kampf verloren ist. Die Verbürgerlichung ist bereits zu weit fortgeschritten. Es hat Viele gegeben, die das versucht haben, oder immer noch versuchen. Es gibt keinen Fall, wo diese Versuche erfolgreich waren. Es ist an der Zeit, diese Versuche zu bilanzieren, ihr Scheitern zu akzeptieren und die Konsequenz daraus zu ziehen.

(ArbeiterInnen)Klasse ohne Partei

Die Verbürgerlichung der SPÖ in den 1980er und 1990er Jahren hat die ArbeiterInnenklasse in Österreich ohne politische Heimat gelassen. Die herrschende Klasse, die KapitalistInnen, haben gleich mehrere Parteien, die ihre Interessen vertreten – die ArbeiterInnenklasse hat keine einzige. Das hat dramatische Auswirkungen: 1) gab es in den letzten 20 Jahren eine straff neoliberale Politik. Die Angriffe haben ohne großen Widerstand in hohem Tempo den Sozialstaat zerschlagen, der über Jahrzehnte aufgebaut wurde. Binnen weniger Jahre wurden von verschiedenen Regierungen (blau-schwarz, rosa-schwarz) weitgehende Kürzungen durchgesetzt. 2) Weil es keine linke Alternative gab & gibt, die den Unmut über die Regierungspolitik aufgreift und Widerstand organisiert, gibt es in Österreich eine der stärksten rechtsextremen Parteien Europas. Die FPÖ lenkt die Wut über die sozialen Probleme auf „die Ausländer“ bzw. „die Moslems“ um und kann sich – eben weil es keine ArbeiterInnenpartei gibt – als „soziale Heimatpartei“ aufspielen.

Neue Formationen entwickeln sich international

Während Österreich bei der Entwicklung des Rechtsextremismus leider ganz vorne ist, hinken wir, was die Entstehung einer Neuen ArbeiterInnenpartei angeht, hinterher. Die bekannteste und zumindest nach Mitgliedern größte linke Partei ist die KPÖ. Einzig in der Steiermark stellt sie eine relevante linke Opposition dar und ist im Grazer Gemeinderat, der Obersteiermark und (seit 2005 wieder) im steirischen Landtag vertreten. Sie macht dasselbe wie die SPÖ früher: StellvertreterInnenpolitik. Es gibt kaum Versuche, die kommunale oder betriebliche Verankerung zu nutzen, um Menschen zu mobilisieren und organisieren

Im restlichen Österreich spielt die KPÖ im wesentlichen in der innerlinken Szene eine Rolle. Sie orientiert dabei v. a. auf besser gebildete urbane Schichten. Politisch

sind alle Teile der KPÖ in einer reformistischen Logik gefangen. Typisch dafür ist die Haltung zum migrantischen Teil der österreichischen ArbeiterInnenklasse. So ist die steirische KP gegen die Öffnung von Sozialbauten für MigrantInnen und verweist dabei auf die geringe Zahl von Sozialwohnungen. Anstatt ein Programm zu entwickeln, wo ausländische und andere ArbeitnehmerInnen für mehr Sozialwohnungen kämpfen, ordnet sich die KP dem kapitalistischen Sachzwang unter. Während die steirische KP zu MigrantInnenrechten schweigt, aus Angst Stimmen an die FPÖ zu verlieren, will die Bundes-KPÖ mit einem radikalen moralischen Antirassismus linksliberale Stimmen von SPÖ und Grünen gewinnen. Doch es bleibt bei Forderungen, es gibt kein Programm, um im gemeinsamen Kampf die realen Probleme in Schulen, Wohnsiedlungen usw. zu lösen.

Gemein ist ihnen auch, dass sie ein Hindernis für den Aufbau einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei sind. In Worten setzen sie sich zwar für eine „neue Linke“ ein, in der Praxis haben sie aber alle konkreten Schritte verhindert bzw. sich nicht daran beteiligt.

Die SLP stellt nicht nur seit Jahren die Forderung nach einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche auf, sondern setzt bzw. unterstützt auch konkrete Schritte in diese Richtung. So waren wir ein zentraler Teil des Wahlbündnisses „Die Linke“ 2008. Wir haben das gemeinsame Antreten von linken Organisationen und Individuen in der Mehrheit der Bundesländer unterstützt, weil wir es – in Ermangelung echter Ansätze für eine solche neue Partei – als einen möglichen Schritt im Prozess hin zu einer neuen ArbeiterInnenpartei gesehen haben. Auch wenn das Stimmen-Ergebnis ein geringes war, so sind die Erfahrungen wichtig für den künftigen Formierungsprozess.

International gab und gibt es eine Reihe von neuen politischen Formationen. Linke Parteien haben sich in vielen Ländern gegründet, haben kandidiert und teilweise gut abgeschnitten. In Deutschland ist die Existenz der Partei Die Linke der Hauptgrund dafür, dass die extreme Rechte weit schwächer ist als in Österreich. Die Entstehung dieser neuen Formationen – in Italien, Deutschland, Frankreich, Spanien... – ist nicht über Nacht passiert und ihre Entwicklung verlief nicht reibungslos. Sie haben viele Fehler gemacht, wurden in der Folge wieder geschwächt. Doch aus diesen Entwicklungen können wir für den Prozess in Österreich viel lernen.

Neue Formationen sind nirgends über Nacht oder einfach „per Proklamation“ entstanden. Die erste dieser Formationen war die 1991 gegründete PRC in Italien – sie entstand im Wesentlichen aus der Spaltung der Kommunistischen Partei Italiens. Andere dieser neuen Formationen entstanden aus dem Zusammenschluss existierender Parteien, wie der Linksblock in Portugal. Die deutsche Linke war das Ergebnis einer Fusion zwischen WASG (ehemalige SPD-GewerkschafterInnen) und PDS (Nachfolgerin der ehemaligen DDR-Staatspartei). Der Formierungsprozess verlief in den einzelnen Fällen auf sehr unterschiedliche Arten. Niemals war es aber nur eine Kopfentscheidung einiger „schlauer Menschen“, die auf dem Reißbrett entstanden wäre, wo sich nur die VertreterInnen einiger (kleiner) linker Gruppen

an einen Tisch gesetzt und eine neue Formation ausgehandelt hätten. Im Gegenteil stand die Entstehung in Zusammenhang mit Bewegungen in der Gesellschaft. In Deutschland z. B. waren die Proteste gegen Hartz IV ein wichtiger Turbo für die Formation der Linken.

Woher kann eine neue ArbeiterInnenpartei in Österreich kommen?

Klassenkämpfe, soziale Bewegungen, Proteste gegen den Rassismus der FPÖ werden von zentraler Bedeutung in diesem Neuformierungsprozess sein. Besonders wichtig sind dabei auch die Entwicklungen in den Gewerkschaften: Die internationale Erfahrung zeigt, dass eine kritische Masse von GewerkschafterInnen, die aus der Entwicklung der Sozialdemokratie die Schlussfolgerung ziehen, dass es eine neue politische Kraft braucht, ein wichtiger Faktor sein kann. Echte Gewerkschaftspolitik kann heute eigentlich nur mehr gegen die SPÖ (und die anderen bürgerlichen Parteien) funktionieren. Immer mehr GewerkschafterInnen betonen, v. a. für die Gewerkschaft zu stehen, mit der SPÖ aber nicht mehr viel zu tun zu haben. Auch wenn viele aus dem Gewerkschaftsapparat noch Mitglied bei der SPÖ bzw. der FSG (Gewerkschaftsfraktion der SPÖ) sind, so sind sie doch v. a. unzufrieden damit, was die SPÖ tut. Die SPÖ missbraucht die Reste ihrer traditionellen Verbindung mit der Gewerkschaft dazu, um gewerkschaftliche Proteste gegen ihre Politik zu verhindern. Als Faymann wieder GewerkschafterInnen auf die Wahlliste der SPÖ brachte (Gusenbauer hatte diese rausgeworfen), war das KEIN Schritt zurück in Richtung ArbeiterInnenpartei. Es war nur ein taktischer Schritt, um WählerInnen aus der Gewerkschaftsbewegung zu bekommen, und die Gewerkschaften beeinflussen zu können. Der Einfluss in die andere Richtung – dass nämlich Bewegungen in der ArbeiterInnenbewegung, Stimmungen und Forderungen sich in der Politik der SPÖ widerspiegeln – das gibt es nicht mehr. Die traditionellen Zwillinge SPÖ-ÖGB existieren so nicht mehr, sondern nur eine einseitige Beeinflussung des ÖGB durch die SPÖ. Die ÖVP tut dasselbe über die FCG in der Fachgewerkschaft des Öffentlichen Dienstes GÖD.

Und die Führung der Gewerkschaft spielt dieses schmutzige Spiel auch noch mit. Grund dafür ist auch, dass die Gewerkschaftsführung aufgrund ihrer sozialen Lage – Spitzengehälter und Abgehobenheit – wenig mit der Lebensrealität der Mitgliedschaft zu tun hat. Der ÖGB als Dachverband spielt manchmal die Rolle einer gelben (d. h. Unternehmer-) Gewerkschaft. Der ehemalige ÖGB-Vorsitzende Verzetnitsch hat beschrieben wie er – und wohl auch große Teile der Gewerkschaftsführung – ihre Rolle als ÖGB sehen: nämlich als Vermittlung zwischen den Interessen der Beschäftigten und den Interessen der Unternehmen. Dabei wäre es doch eigentlich die Aufgabe einer Gewerkschaft, ausschließlich die Interessen ihrer Mitglieder bzw. der ArbeiterInnenklasse zu vertreten. Diese Sichtweise als „Vermittlerin“ wird immer mehr zum Hindernis für echte Gewerkschaftspolitik. Auch angesichts der Erfahrungen mit Privilegien in SPÖ und ÖGB – und wie diese korrumpieren – ist es notwendig, das MandatarInnen, FunktionärInnen und Beschäftigte einer neuen ArbeiterInnenpartei keinerlei Privilegien haben, dass sie nicht mehr als ein Durchschnittsgehalt verdienen und jederzeit auch wieder abgewählt werden können.

Die Frage darüber, welche Gewerkschaft wir wollen, nach einer kämpferischeren Politik, nach demokratischen Strukturen, wird ein wichtiger Bestandteil im Formationsprozess in Österreich sein. In den Gewerkschaften ist die Diskussion über politische Inhalte dringend nötig. Ebenso der Aufbau einer Oppositionsbewegung gegen die abgehobene, bürokratische Führungsschicht in ÖGB und Fachgewerkschaften. Eine solche Opposition muss sich in den Betrieben verankern und auch unter Schichten arbeiten, die vom ÖGB systematisch vernachlässigt werden: MigrantInnen, Frauen und prekär Beschäftigte.

Der Aufbau einer Gewerkschaftsopposition braucht politische Inhalte. Dazu gehört eine klare Aufkündigung der so genannten Sozialpartnerschaft, die Klarheit darüber, dass Streiks als Kampfmittel notwendig sind sowie die Ablehnung jeder Kürzung und jedes Stellenabbaus. Diese Forderungen müssen in Form von Demonstrationen und Kundgebungen in die Öffentlichkeit getragen werden. Im Kleinen macht dies die SLP: So organisierten wir Proteste beim ÖGB Bundesvorstand gegen dessen „Ja“ zum Sparpaket. Nur wenn eine Gewerkschaftsopposition entschlossen nach außen geht, kann sie wachsen und die Bürokratie herausfordern.

Im Formierungsprozess einer solchen gewerkschaftlichen Opposition, aber auch einer neuen ArbeiterInnen-Partei, werden auch Teile des mittleren FunktionärInnen-Apparates, die aufgrund des Drucks aus der Basis einen Kurswechsel hin zu kämpferischer Gewerkschaftspolitik setzen und z. B. Streiks gegen Stellenabbau organisieren, eine Rolle spielen. Und damit in Konflikt mit der Führung kommen. Es können Basismitglieder sein, die gegen den Willen der Führung z. B. nicht auf einen Sozialplan vertrauen, sondern ihren Betrieb besetzen, um ihre Jobs zu retten. Es können BetriebsrätInnen sein, die sich aus Wut darüber, dass die Gewerkschaftsführung wieder einen faulen Deal gemacht hat, zusammenschließen und um die Führung in der Gewerkschaft kämpfen. Und aus solchen Bewegungen können auch neue Listen und Protestkandidaturen entstehen. Wird z. B. ein Krankenhaus von einer Schließung bedroht, kann sich ein kämpferischer Betriebsrat oder eine gewerkschaftliche Betriebsgruppe im Rahmen einer Verteidigungskampagne neben Demonstrationen, Kundgebungen und Streiks auch überlegen, für den Stadt- oder Gemeinderat zu kandidieren. Ein solcher Schritt wäre eine politische Herausforderung gegen den rot/schwarz/blau/orange/grünen Einheitsbrei. Über eine Kandidatur könnte die Frage gestellt werden: Warum werden Banken gerettet, aber für ein funktionierendes Sozialsystem ist angeblich kein Geld da?

Soziale und politische Kämpfe als Katalysator

Auch die Entwicklung von Klassenkämpfen, von Klassenbewusstsein und Protesten gegen die andauernde Kürzungspolitik ist wichtig in diesem Neuformierungsprozess. Viel davon wird in Zusammenhang mit den Entwicklungen in den Gewerkschaften stehen. Denn wie lange kann die ÖGB-Spitze Widerstand gegen die Sparpolitik der Regierung noch verhindern?

Doch es wird auch Bewegungen geben, die außerhalb der gewerkschaftlichen Strukturen stattfinden: Kommunen, die sich gegen Spitalsschließungen wehren.

Arbeitslose, die sich gegen den Zwang am AMS organisieren. Auch breite Proteste gegen Sparpakete können hier ein Ansatz sein. Österreich hat in den vergangenen Jahren Widerstand gegen Sozialkahlschlag erlebt. In der Steiermark und in Oberösterreich gingen Zehntausende auf die Straße, darunter nicht nur GewerkschafterInnen, sondern zum Beispiel auch KlientInnen sozialer Einrichtungen. Auch in diesen Bewegungen wurden und werden politische Alternativen zur bestehenden Ordnung diskutiert. Für solche Diskussionen braucht es demokratisch strukturierte Räume und Möglichkeiten sich einzubringen. Auch hier können Grundlagen für neue Strukturen geschaffen werden.

Das gilt auch für kleine BürgerInneninitiativen. Immer öfter schließen sich Menschen zusammen, um gegen kleine und große Schweinereien aktiv zu werden. Immer öfter stoßen sie dabei mit der etablierten Politik zusammen. Schon eine kleine Kampagne gegen eine Tiefgarage kann zum Beispiel eine Konfrontation mit der von der örtlichen SPÖ unterstützten Baumafia bedeuten. Als SLP werden wir diese Konfrontation im Rahmen einer solchen Kampagne nicht scheuen. Wir werden mithelfen, über die Hintergründe Öffentlichkeit zu schaffen, Protest zu organisieren und den Zusammenschluss mit anderen BürgerInneninitiativen und Kampagnen zu suchen.

Wichtig bei all diesen Ansätzen ist die Tatsache, dass viele Menschen sich wehren wollen. Es wird nicht reichen, wenn eine prominente Person einen Aufruf startet. Politik wird eben nicht von Promis gemacht, sondern von vielen Menschen, die sich für ein gemeinsames Ziel zusammenschließen. Prominente können dabei eine gewisse Öffentlichkeit und einen Kristallisationspunkt schaffen – aber niemals ein Ersatz für die Bewegungen sein. Nicht Stronach oder HP Martin werden an der Spitze einer neuen ArbeiterInnen-Partei stehen, sondern BetriebsrätInnen und AnführerInnen bei lokalen Protesten.

Bewegungen wie jene gegen Acta, gegen die Vorratsdatenspeicherung, gegen den Demokratieabbau können ein wichtiger Teil in so einem Formierungsprozess sein. Auch Bewegungen gegen Abschiebungen und rassistische Politik kommt gerade in Österreich, mit einer starken FPÖ und aggressivem staatlichen Rassismus, ebenfalls eine zentrale Rolle zu.

Was braucht eine neue ArbeiterInnen-Partei?

Aus den Erfahrungen der verschiedenen neuen, linken Formationen, die es international in den letzten Jahren gegeben hat, können wir viel lernen. Eine neue Formation muss eine aktive, kämpferische Politik fahren. Sie beschränkt sich nicht aufs Kommentieren, sondern greift in Kämpfe ein bzw. initiiert diese auch. „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt drauf an, sie zu verändern“, hat Marx 1845 geschrieben. Immer wieder haben Linke den Fehler gemacht, Theorie und Praxis zu trennen. Teile der Linken glauben, sie müssten die Theorie bilden, die dann von den „proletarischen Massen“ in die Praxis umgesetzt werden. Das ist arrogant und funktioniert nicht. Als SozialistInnen sind wir Teil von Klassenkämpfen und sozialen Bewegungen. Wir unterstützen ArbeiterInnen,

wenn sie ihre Jobs gegen Stellenabbau verteidigen. Wir sind Teil von Bewegungen gegen Sparpakete. Wir verhindern gemeinsam mit anderen Abschiebungen. Wir organisieren Proteste gegen die rassistische FPÖ. Überall weisen wir darauf hin, dass solche Bewegungen auch einen politischen Bündnispartner bzw. eine politische Vertretung brauchen. Eben eine ArbeiterInnen-Partei. Viele der neuen Formationen machen den Fehler, dass sie sich auf die Frage von Wahlen und Kandidaturen beschränken. Natürlich ist die Wahlebene wichtig. Der Wunsch danach, endlich wieder mal eine Partei zu haben, die wählbar ist, ist eine starke Motivation. Doch es wird nicht nur eine Wahlalternative gesucht, sondern ein politischer Rahmen für Aktivitäten. Politik wird eben nicht nur in Parlamenten oder Landtagen/Gemeinderäten gemacht. Die zentralen politischen Fragen werden durch Bewegungen in den Betrieben und auf der Straße entschieden. Eine neue Formation, die neben den real stattfindenden Kämpfen steht und nicht Teil davon ist, wird eine Randerscheinung der Geschichte bleiben.

Eine neue Formation braucht demokratische Strukturen, in denen sich Individuen ebenso wie existierende Organisationen einbringen können. Die Organisationen insbesondere der österreichischen ArbeiterInnen-Bewegung haben die Tradition von Stellvertreterpolitik. Die Basis hatte in der Praxis nie viel mitzureden. Die Strukturen dien(t)en mehr dazu, die Führung abzufeiern und nicht dazu, Entscheidungen gemeinsam zu fällen. Das hat die ArbeiterInnen-Bewegung immer sehr geschwächt. Die Gefahr besteht, dass bei neuen Formationen diese Fehler wiederholt werden. Es geht hier nicht um eine vermeintliche „Basisdemokratie“, bei der jeder Beistrich von allen in ewig langen Sitzungen ausdiskutiert werden muss. Es geht darum, dass zentrale Fragen bezüglich Programm und Strategie demokratisch entschieden werden müssen. Es geht auch darum, dass in einem solchen neuen Projekt Einzelpersonen ebenso eine Rolle spielen werden, wie Gruppen und Organisationen, die es schon gibt. Beide sind wichtig, die Strukturen müssen beiden einen Raum geben. Manchmal wird gefordert, dass sich existierende Organisationen innerhalb einer neuen Formation auflösen bzw. nicht als solche sichtbar sein sollen. Das führt allerdings nur zu einem Versteckspiel oder dem Ausschluss von Kräften, die eine wichtige Rolle spielen können. Wir schlagen Strukturen vor, bei denen gewählte VertreterInnen jederzeit auch wieder abgewählt werden können und umfassende Rechenschaft abgeben müssen. Wir lehnen auch jede Form von Privilegien ab: Beschäftigte oder MandatarInnen einer Partei sollten nicht mehr verdienen als ein Durchschnittsgehalt.

Das Programm einer solchen neuen Partei ist von zentraler Bedeutung. Hier wird oft argumentiert, es dürfe „nicht zu radikal“ sein, weil es sonst Menschen abschrecken würde. Wenn es KapitalistInnen und RassistInnen abschreckt: gut so! Aber es geht um die „normalen“ Leute. Jene, die derart argumentieren, sind meist selbst „Linke“, die die „normalen“ Leute unterschätzen und eine abstrakte Vorstellung von „radikal“ haben. Es ist nötig grundlegende Antworten zu geben. Es reicht nicht, die Banken zu „retten“, also ihnen unser Geld zu geben, damit sie weitermachen können wie bisher. Es ist auch kein Naturgesetz, dass „wir“ die Schulden zahlen „müssen“. Richtig ist es vielmehr, diese Schulden bei nationalen und internatio-

nen Banken nicht zu bezahlen. Eine neue Formation darf sich daher nicht auf eine Kritik kapitalistischer Auswüchse beschränken, sondern muss den Kapitalismus an sich in Frage stellen. Bleibt sie in der kapitalistischen Logik verhaftet, findet sie sich rasch bei der Legitimierung von Sozialabbau wieder.

Die Wahlbeteiligung sinkt stetig. Nicht weil die Menschen „unpolitisch“ sind, sondern weil sie mit der etablierten Politik und ihren Parteien nichts anfangen können. Es gibt keine „Politikverdrossenheit“, sehr wohl aber eine „PolitikerInnen- und etablierte-Parteien-Verdrossenheit“. Der Wunsch nach einer neuen politischen Kraft ist groß. Ebenso wird die Notwendigkeit für eine neue ArbeiterInnen-Partei gerade in der Krise immer dringender. Bisher kann davon nur die extreme Rechte profitieren. Das ist eine gefährliche Entwicklung.

Auch wenn hier erklärt wurde, dass der Formierungsprozess einer neuen ArbeiterInnen-Partei nicht nur vom Willen der AkteurInnen abhängt können wir doch viel tun: Die Idee für eine neue ArbeiterInnen-Partei verbreiten. Soziale Bewegungen und Arbeitskämpfe unterstützen und initiieren. Den Kampf in den Gewerkschaften für einen kämpferischen Kurs und demokratische Strukturen führen. Ein sozialistisches Programm für die aktuellen Probleme entwickeln. Und aus den internationalen Entwicklungen lernen. Also die Grundlagen vorbereiten für den Formierungsprozess einer neuen ArbeiterInnen-Partei.

Aus den internationalen Erfahrungen lernen

Das CWI, die internationale Organisation der SLP, war die erste internationale Struktur, die die Notwendigkeit des Aufbaus neuer ArbeiterInnen-Parteien schon in den 1990er Jahren analysiert hat. Wir haben uns in vielen Ländern an solchen Projekten beteiligt, sie manchmal auch initiiert. International sahen wir in den letzten Jahren den Aufstieg und mitunter tiefen Fall neuer linker Parteien. Das Potential ist ungeachtet diverser Rückschläge vorhanden. Doch warum zeigt die Mehrzahl der gegenwärtigen größeren Linksprojekte keinen linearen Aufwärtstrend? Eine Auswahl von Beispielen, aus denen es wichtige Lehren für die nächsten Schritte, auch in Österreich, zu ziehen gilt.

P-SOL („Partei für Sozialismus und Freiheit“), Brasilien

In den Präsidentschaftswahlen 2002 gewann Lula, ein Gründungsmitglied der „Arbeiterpartei“ (PT). Viele Menschen erhofften sich eine Verbesserung ihrer Lage. Lula kam als ehemaliger Aktivist der Gewerkschaftsbewegung nämlich von ganz unten und die PT selbst war ursprünglich eine neue ArbeiterInnenpartei gewesen. Nun war er an der Macht. Umso heftiger war die Enttäuschung, als sich herausstellte, dass Lulas Politik kein fundamentaler Bruch mit der neoliberalen Politik davor war. Als Reaktion auf diesen Rechtsruck formierte sich eine Gruppe prinzipienfester Parlamentsabgeordneter, die letztlich aus der PT ausgeschlossen wurden. Diese und eine Reihe anderer linker und sozialistischer Strömungen sowie kleine Parteien fanden nun zusammen.

Der Gründung der P-SOL im Jahre 2004 folgte ein rasantes Wachstum. Die generelle Stimmung war trotz der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten ausgesprochen solidarisch. Doch je bedeutender eine Linkspartei wird, desto stärker wird der Druck, der von anderen politischen Kräften auf sie wirkt. Eine Reihe von PT-PolitikerInnen wechselte in die P-SOL, insbesondere als Lulas Partei ab 2005 von einer Serie von Korruptionsskandalen gebeutelt wurde. Unter den Neuzugängen befanden sich tendenziell rechtere Standpunkte. Sie brachten auch ein Mehr an Bürokratismus in die P-SOL.

2006 erhielt die P-SOL-Kandidatin Heloisa Helena sieben Millionen Stimmen in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen. Gleichzeitig markierte dieser Wahlkampf eine Verwässerung der P-SOL-Inhalte. Es gibt eine stärkere Betonung von klassisch sozialdemokratischem Staatsinterventionismus, einschließlich nationalistischen Elementen. Generell wurden der Parteaufbau und die Einbindung neuer AktivistInnen der Teilnahme an Wahlen zum Zweck der Stimmenmaximierung untergeordnet. Ein sehr kurzfristiger Plan, der die Wahlen nicht als Mittel im politischen Kampf ansieht, sondern als eigentliches Ziel. Dadurch verlor die P-SOL an Dynamik. Ebenso setzten die führenden Kreise in der Wahlkampagne ein entschärftes Programm durch, um gewisse Schichten „nicht abzuschrecken“. Entscheidende Teile der P-SOL-Führung vertreten ein reformistisches Programm. Dies ist eine schlechte

Ausgangslage, da dies erfahrungsgemäß damit endet, sich mit der PT oder Teilen davon in eine Koalition zu manövrieren. Ein Grund für die Probleme der P-SOL ist auch die Politik der PT-Regierung: Sie reagiert auf die linke Konkurrenz und hat aufgrund des nach wie vor anhaltenden Wirtschaftswachstums in Brasilien auch den Spielraum für einige Sozialprogramme. Doch diese kleinen Zugeständnisse ändern nichts daran, dass große Schichten zu Recht von der PT enttäuscht sind und nach einer Alternative suchen. Doch die P-SOL kann davon nicht zentral profitieren. Wenn eine Regierungsbeteiligung um (fast) jeden Preis angestrebt wird, steigt die Gefahr, dem System der Korruption zu erliegen. Dies kann in der Zukunft das gesamte P-SOL-Projekt gefährden.

Bloco de Esquerda (= „Linksblock“), Portugal

Portugal befindet sich ähnlich wie Griechenland in einer tiefen Finanzkrise. EU und IWF fordern entsprechend harte Maßnahmen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Massenproteste sind der Ausdruck eines wachsenden Misstrauens in die kapitalistische Ordnung. Der „Linksblock“ in Portugal hat unter den in Europa bestehenden Linksparteien einen extrem hohen Wahlzuspruch. 16 Parlaments- sowie drei EU-Abgeordnete und rund 500 Delegierte beim landesweiten Kongress 2011. Der „Block“ formte sich bereits 1999 aus vier Parteien, die teilweise ihre Ursprünge im „Trotzkismus“ (anti-stalinistisch und internationalistisch) haben oder sich von der (stalinistischen) KP abgespalten hatten. Seitdem kamen eine Reihe kleinerer Gruppen und unabhängige Linke hinzu.

Der Linksblock ist eines jener internationalen Beispiele, das programmatisch am gemäßigtsten ist. Es ist eher keynesianisch als sozialistisch und positioniert sich nicht klar auf Seiten der ArbeiterInnenklasse. Inhaltlich gibt es aktuell im Block einen wesentlichen Scheideweg: die Frage der Schulden und des Umgangs mit diesen. Argumentiert man für einen Zahlungs-Boycott oder bittet man um eine „Neuverhandlung“? Die Führung des Linksblocks entschied sich leider für Letzteres. Die Parlamentsabgeordneten des Blocks stimmten bislang fatalerweise für die Politik der Griechenland-Troika. Doch die ArbeiterInnen und Arbeitslosen sind erstens nicht für die Verschuldung verantwortlich. Und zweitens hat der Kapitalismus nicht mehr das Potential, die Gesellschaft weiterzuentwickeln. Somit kann ein wirklich sozialistisches Programm erklärt werden und Zustimmung gewinnen. Allerdings basiert ein solches Programm nicht bloß auf einigen Schlagwörtern und Phrasen. In einem Land wie Portugal ist die Verwendung des Wortes „Sozialismus“ allein sinnlos. Die offiziell sich noch „sozialistisch“ nennende PS ist eine verbürgerlichte Ex-ArbeiterInnenpartei, die neoliberale Politik betreibt. Zusätzlich ist durch den Stalinismus der Begriff historisch belastet. (Es gibt auch weiterhin eine relativ starke KP in Portugal.) Umso wichtiger ist es, Klarheit in der konkreten Präsentation von Standpunkten und Forderungen zu schaffen. So manche RepräsentantInnen des Blockes übersetzen „Sozialismus“ lediglich mit „einem gerechteren Steuersystem“.

Dazu gesellt sich die Zielsetzung einiger Kräfte im Linksblock, künftig mit der PS stärker zusammenzuarbeiten. Sie sehen sich mehr als linke BeraterInnen einer sozialdemokratischen Regierung. Natürlich braucht eine neue Formation Sensibilität im Umgang mit den traditionellen Parteien. Teile der ArbeiterInnen und Jugend

unterstützen sie nach wie vor, wenn auch oft als „kleineres Übel“. Sensibler Umgang bedeutet aber keine inhaltliche Anbiederung oder Beschränkung des eigenen Programmes, sondern ein Angebot zum gemeinsamen Kampf. Wenn sich aber eine neue Formation zu sehr an die traditionellen Parteien anpasst, werden wesentliche Schichten von AktivistInnen und UnterstützerInnen entweder eine innere Opposition zu diesem Kurs aufbauen müssen oder Strukturen wie den Linksblock hinter sich lassen. Der Linksblock wurde – wegen des politisch schwachen Programms und weil er nicht bereit war, den Kandidaten der PS bei den Präsidentschaftswahlen herauszufordern – immer weniger als Alternative gesehen. Denn wer braucht schon eine Sozialdemokratie 2.0?

Das Vorurteil, dass ein gemäßigtes Auftreten mehr Stimmen und Unterstützung bringt, kollidiert in Folge gerade in den letzten Jahren mit der Wirklichkeit: Der portugiesische Linksblock verlor in den Umfragen der letzten Jahre gewaltig. 2009 noch bei 10 %, liegt der Wert 2011 bei lediglich 4 %. Der Wille, mit allen Kräften für eine Volksabstimmung zu kämpfen, ist in der Krise der Gipfel ihrer Radikalität!

Gerade in Zeiten der zugespitzten Krise und einer Serie von Klassenkämpfen kann ein schlüssig präsentiertes sozialistisches Programm auch Wahlen gewinnen. Doch das Wichtigste, unabhängig von Umfragen und Wahlen, ist die Festigung einer Schicht von AktivistInnen. Viele Jugendliche stehen vor einem Scherbenhaufen, für den sie am allerwenigsten verantwortlich sind. Ihr Politisierungsprozess kann entscheidend beeinflusst werden. Dadurch könnte innerhalb weniger Jahre das lahme Erbe von Sozialpartnerschaft und sozialdemokratischer Passivität überwunden werden. Eine neue Tradition ist in den gegenwärtigen Umbrüchen schneller begründet, als es die uns oftmals innewohnende Trägheit glauben lässt.

NPA („Neue Antikapitalistische Partei“), Frankreich und SSP („Schottische Sozialistische Partei“), Schottland

Der Start der NPA 2009 war äußerst vielversprechend. Über 9 000 Mitglieder in 467 lokalen Komitees formierten sich binnen kurzer Zeit. Gute Startpunkte für die Gründung hätte es jedoch schon deutlich vor 2009 gegeben. Die sogenannte „Linksregierung“ von 1997 bis 2002 aus der verbürgerlichten „Sozialistischen Partei“ sowie der ebenso deutlich nach rechts gerückten „Kommunistischen Partei“ führte zu enormen Möglichkeiten. Die Koalition, in die viele Hoffnungen gesetzt hatten, machte mit einer klar prokapitalistischen Politik weiter. 2002 gewannen bei den Präsidentschaftswahlen zwei parallel antretende KandidatInnen der radikalen Linken, Olivier Besancenot und Arlette Laguiller, 4,25 % sowie 5,72 %. Drei Millionen Stimmen für AktivistInnen mit eindeutig sozialistischem Hintergrund. Weitere Ereignisse in Folge waren die Proteste gegen die faschistische „Front National“, die Bewegung gegen die Pensionskürzungen 2003, jene gegen die EU-Verfassung 2005 sowie 2006 gegen ein neues Jugendarbeitsgesetz. Schon damals argumentierte Gauche Révolutionnaire (GR), die französische Sektion des CWI, für die Gründung einer neuen Formation. Doch erst nach den Präsidentschaftswahlen 2007 entschied sich die Partei von Besancenot (LCR), der erneut sehr gut abschnitt (1,5 Mio. WählerInnen), eine neue, breitere Partei zu initiieren. Gleichzeitig sollte sich die eigene Partei (LCR) in diese neue Formation NPA auflösen. Die LCR hatte sich als revolutionär-

sozialistisch verstanden, doch sie trat gegen ein solches Programm für die NPA ein. Dieses würde potentielle WählerInnen abschrecken.

Es wiederholte sich eine Entwicklung, die das CWI einige Jahre zuvor aus nächster Nähe erlebte (und bekämpfte): In den 1990er Jahren war das CWI auf Grundlage der breiten Verankerung in Schottland für die Gründung einer breiteren Partei eingetreten. Wir waren damals dafür, unsere Organisation innerhalb dieser neuen Formation aufrecht zu erhalten und als organisierte Kraft für marxistische Ideen zu argumentieren. Doch die Mehrheit unserer UnterstützerInnen in Schottland beschränkten einen anderen Kurs: Die eigene Organisation wurde aufgelöst und ging in der neuen breiteren Formation, der Scottish Socialist Party (SSP) auf. Nach einem kurzen Aufschwung nach der Gründung entfernte sich die SSP immer mehr von einem sozialistischen Programm, zerfleischte sich in internen Machtkämpfen und wurde zu einer Randerscheinung.

Ähnliches wiederholt sich bei der NPA: Die Schwäche eines revolutionären Kerns/Flügels hat negative Folgen. Nach nur drei Jahren sieht es düster aus: Unter den AktivistInnen macht sich Resignation und Enttäuschung breit, in den Führungsriege lähmt bürokratischer Kleinkrieg eine notwendige inhaltliche Debatte. Die Schwesterpartei der SLP, Gauche Revolutionaire (GR), nahm von Beginn an aktiv an der NPA teil. Und sie nannte die Gefahren beim Namen: Die Wahlkampagnen dominierten das Parteileben, die interne Demokratie war mangelhaft, das Programm zwar allgemein „antikapitalistisch“, aber in Wirklichkeit nicht konkret sozialistisch. Als Folge der Wahlorientierung verpasste die NPA Chance um Chance, sich in den real stattfindenden Bewegungen einzubringen und dadurch strukturell zu wachsen.

Dieser Punkt ist umso wichtiger, wenn man sich den Impact ansieht, den die NPA in der Gesellschaft ausdrückte: Laut Meinungsumfragen hätten bis zu 60 % der Bevölkerung eine positive Meinung vom Spitzenkandidaten Besancenot, 16 % sogar eine „exzellente“. Das wäre die Basis, um vor allem auch an AktivistInnen zuzulegen.

Einige Strömungen in der NPA, darunter die GR, gründeten 2010 eine Plattform, die parteiintern für eine stärkere Kampagnenarbeit und Interventionen in die aktuellen Klassenkämpfe eintrat. Am folgenden NPA-Kongress gab es an die 30 % Unterstützung für diese organisierte Opposition. In Folge erwies sich auch dieser Versuch als gescheitert. Unter anderem, da Teile der Plattform ihre Energie in fruchtlosen bürokratischen Manövern aufzehrten. Zwar ist die ursprüngliche Ausgangspartei von Besancenot (LCR) aufgelöst, doch in der NPA sind ihre drei wesentlichen Fraktionen wieder auferstanden und lähmen sich in der Führung gegenseitig. Mittlerweile sind etwa zwei Drittel der Mitgliedschaft weg und mit ihnen wesentliche politische Kräfte (wie Gauche Revolutionaire), die ernsthaft an einem Neuanfang arbeiten. Die NPA war ein Schritt zum Aufbau einer neuen ArbeiterInnen-Partei. Doch zur Zeit sieht es so aus, als ob sie zugunsten eines neueren Projektes, der Front de Gauche (Linksfront) von Mélenchon, marginalisiert würde. Wie ein altes Sprichwort schon sagt: Nichts ist vergebens, es kann immer noch als schlechtes Beispiel dienen.

SYRIZA sowie Synaspismos, Griechenland

In Griechenland toben seit Jahren massive Proteste und eine fast unüberschaubare Anzahl an Streiks und Generalstreiks. Auf Wahlebene wollen bis zu 50 % der Bevöl-

kerung gar nicht oder ungünstig stimmen. Unter diesen Bedingungen ist die Krise der Linken besonders schmerzlich. Diese Krise betrifft sowohl SYRIZA als auch Synas- pismos. Letztere ist die führende Kraft in SYRIZA. SYRIZA existiert als Bündnis einer langen Liste von Organisationen sowohl der radikalen als auch gemäßigten Linken seit 2002. Ziel war damals unter anderem, mit geeinten Kräften die Wahlen 2004 zu bestreiten. Erzielt wurden damals 6 Mandate. Nach einem zwischenzeitlichen Zusammenbruch formierte sich SYRIZA 2007 unter demselben Namen neu. Synas- pismos, die stärkste Einzelpartei in SYRIZA, ist wiederum ein Bündnis verschie- dener Strömungen, einschließlich solcher, die sozialistische Inhalte grundsätzlich ablehnen. 2010 kam es zu einer bedeutenden Abspaltung eines rechten Flügels von Synaspismos. Dieser Teil (ca. 20 % der Delegierten am jährlichen Kongress) erzwang im Vorfeld eine Reihe von Kompromissen und eine Verwässerung des Programms.

Synaspismos' (und damit SYRIZAs) Antworten auf die Krise sind mangelhaft: Schulden-Neuverhandlung, Euro-Anleihen und Stärkung eines öffentlichen Anteils im Bankenwesen. Mit einem im Wesentlichen ähnlichen Programm trat die PASOK (verbürgerlichte neoliberale ehemalige Sozialdemokratie) an. Es mangelt Synaspis- mos offensichtlich an politischer Eigenständigkeit. Sie fordert keine „Verstaatlichung des Bankensystems“. Damit hinkt sie einer weit verbreiteten Stimmungslage unter den Massen hinterher. Es kann nicht verwundern, dass SYRIZA mit einer noch passiveren Haltung zu diesem Thema als Synaspismos von ursprünglich 17,5 % in Umfragen vorübergehend auf 4 % abgestürzt ist. Trotz eines neuerlichen Anstieges in den Umfragen angesichts der massiven Kämpfe in der griechischen Gesellschaft konnte dieser Höchstwert bisher nicht wieder erreicht werden.

SYRIZAs Führung basiert v. a. auf zwei charismatischen Personen, Alekos Alavanos und Alexis Tsipras. Deren Verfeindung prägt derzeit die Lage in der Partei. Doch zwischen diesen gibt es praktisch keine inhaltlichen Differenzen. Persönliche Kon- flikte können in Parteien Schaden verursachen. Die beste Möglichkeit, diese Gefahr zu minimieren, ist das Wachstum der Partei und die Aktivierung neuer Schichten. Nur so kann in großen Bewegungen das spezifische Gewicht der Organisation erhöht werden. Dadurch wiederum wird es erst möglich, radikale politische Standpunkte zu einer Mehrheit zu führen.

Die SLP-Schwesterpartei in Griechenland, Xekinima, war von 2008 bis 2011 aktiv innerhalb von SYRIZA. Die Außendarstellung von SYRIZA ist mittlerweile so ne- gativ, dass sich Xekinima entschieden hat, dafür in der Öffentlichkeit nicht mehr Mitverantwortung zu tragen. Xekinima setzt jedoch konkrete Kooperationen mit den aktiven Teilen von SYRIZA unvermindert fort.

ULA („United Left Alliance“; Vereinigte Linke Allianz), Republik Irland

In Irland (Republik im Süden der Insel) ist die SLP-Schwesterpartei Socialist Party die stärkste Kraft der Linken. Und trotz ihrer relativ großen Bedeutung setzt sie sich für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnen-Partei ein, die über sie hinausgeht. Dieses Projekt trägt seit 2010 den Namen „ULA“. Es enthält neben der SP unabhän- gige Initiativen von ArbeiterInnen und Arbeitslosen sowie die Schwesterpartei der österreichischen „Linkswende“, die dort maßgeblich in der „Menschen vor Profite Allianz“ aktiv ist.

Die ULA hat sich von Anfang an nicht nur gegen die klassischen bürgerlichen Parteien gestellt, sondern auch betont, dass weder die Sozialdemokratie („Labour“) noch die links-nationalistische Sinn Fein fortschrittliche Politik machen. Am 25. Februar 2011 sind dann auch fünf Abgeordnete der ULA ins irische Parlament eingezogen, darunter zwei von der Socialist Party. Doch es braucht nicht nur eine für ArbeiterInnen wählbare Alternative. Die ULA soll Anlaufpunkt für Aktivitäten sein und bei sozialen Protesten sowie Streiks diesen eine landesweite Bedeutung geben.

Innerhalb der ULA gibt es u. a. Diskussionen zum Programm. Die SP hat für die ULA ein klar sozialistisches Programm vorgeschlagen, allerdings ohne dies zur Bedingung zu machen. Die Auseinandersetzung in dieser Frage gibt es v. a. mit der Führung der „Menschen vor Profite Allianz“. Ein wesentlicher Teil dieser Strömung argumentiert gegen sozialistische Forderungen, da dies „Menschen abschrecken“ würde. Doch es ist möglich, sozialistische Inhalte gekonnt zu vermitteln, gerade weil es in der ULA und der SP im Besonderen bereits seit vielen Jahren mehrere Persönlichkeiten gibt, die dies mit Erfolg tun (Am bekanntesten ist der Parlamentsabgeordnete Joe Higgins). Ein weiterer wichtiger Prüfstein ist das Verhältnis zur ehemals sozialdemokratischen Labour-Party: Soll man linken FunktionärInnen der Labour-Party eine Bühne geben, ohne dass diese vollends mit der neoliberalen Politik dieser Partei gebrochen haben? Auch hierzu gibt es Differenzen. Durch jedwedes Programm und jedes Manöver, das sich nicht grundlegend von der Politik der Labour-Party unterscheidet, würde die Gefahr steigen, als Alternative zu versagen. Dies wird insbesondere dann eintreten, wenn Verschärfungen der Krise zeigen werden, dass es im Kapitalismus keine Lösung zugunsten von Arbeitenden und Arbeitslosen gibt. Die ULA ist eine relativ junge Formation, die in den aktuellen Kämpfen, insbesondere der breiten Bewegung gegen die Haussteuer, noch getestet – und für gut befunden oder durch etwas Besseres ersetzt – werden wird.

Schlussfolgerung

Wenn eine neue Partei antritt, um GRUNDLEGENDE ANDERS zu sein als die bürgerlichen Parteien, muss sich dies auf allen Ebenen (Programm, Aktivitäten & Mitglieder, Wahlen) widerspiegeln! Es kann nicht die Aufgabe der aktuellen linken Projekte sein, so wie die ehemals „sozialdemokratischen“ und „kommunistischen“ (= stalinistischen) Parteien zu werden oder für diese einen willfährigen Koalitionspartner zu schaffen. Es klingt trivial, doch das Wesen der kennzeichnenden instabilen politischen Lage ist, dass Parteien und selbst kleine Strömungen in relativ kurzen Zeiträumen enorm wachsen und gleichsam gewaltig verlieren können.

Deutschland: DIE LINKE – Fünf Jahre nach ihrer Gründung

Von Lucy Redler, *Mitglied der LINKE und der Strömung AKL und Bundessprecherin der SAV (Schwesterorganisation der SLP in Deutschland)*

Vor fünf Jahren, als DIE LINKE aus der Fusion von WASG und Linkspartei.PDS entstand, galt sie als Erfolgsgeschichte. Die Partei zog in ein Landesparlament nach dem anderen ein, sie setzte mit ihren Forderungen nach dem Abzug der Truppen aus Afghanistan, der Abschaffung von Hartz IV und der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns die anderen Parteien im Bundestag gehörig unter Druck. Die Treffen der Kreisverbände waren gut besucht. Heute – fünf Jahre nach der Fusion – stagniert die Partei. Weniger Leute treten in die Partei ein, die Treffen sind schlechter besucht und in der Öffentlichkeit werden vor allem die Personaldebatten in der Partei wahrgenommen. Im Vergleich zur letzten Bundestagswahl (11,9 Prozent) hat DIE LINKE ihre Unterstützung laut Umfragen fast halbiert (sieben Prozent). Dabei müsste sie doch eigentlich von der zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit, der kapitalistischen Krise, Bewegungen wie Occupy und einer schwächelnden Bundesregierung profitieren können. Was ist passiert?

Die schwierige Lage der Partei wird von der Parteiführung mit den Personalquerelen erklärt, die beendet werden müssten. Doch dies erklärt die wirklichen Gründe genauso wenig wie die Tatsache, dass die bürgerlichen Medien weniger über DIE LINKE berichten als über andere Parteien.

Die Lage ist für die Linkspartei sicher auch deshalb kompliziert, weil in Deutschland aufgrund der bisherigen ökonomischen Sonderentwicklung und der Zurückhaltung der Gewerkschaftsführung große soziale und betriebliche Kämpfe, in denen die LINKE ein Bezugspunkt hätte werden können, ausgeblieben sind. All dies spielt eine Rolle, trifft aber nicht den Kern des Problems.

Zwei Parteien in einer

Die Ursache für die Lähmung und Stagnation der Partei ist, dass DIE LINKE seit ihrer Fusion zwei Parteien in einer ist. In der Partei prallen unvereinbare Gegensätze aufeinander. Während der Flügel um das Forum demokratischer Sozialismus (FdS) eine Annäherung an SPD und Grüne durchsetzen möchte und das auch in der gemeinsamen Landesregierung mit der SPD in Brandenburg praktiziert, setzt die Parteilinke auf Opposition zu den etablierten Parteien und lehnt eine Regierungsbeteiligung mit SPD und Grünen ab. Während die Kräfte des FdS den Einsatz der Bundeswehr im Einzelfall durchsetzen wollen, lehnt die Parteilinke Auslandseinsätze bedingungslos und strikt ab. Diese unvereinbaren Positionen wurden durch die Erfolge der Partei nach der Fusion überdeckt. Mit den ersten Krisenerscheinungen in der Partei sind die alten Konflikte wieder aufgebrochen. Doch statt diese Konflikte inhaltlich aus-

zudiskutieren, werden vorausseilend Kompromisse geschlossen, um die Einheit der Partei nicht zu gefährden. Das führt dazu, dass die Differenzen nicht inhaltlich, sondern über Personaldebatten ausgefochten werden.

Was für eine Partei brauchen wir?

Die Strömung Antikapitalistische Linke (AKL) schrieb vor Kurzem in einer Erklärung, dass DIE LINKE zu „einer sozialistischen Massenpartei“ werden müsse. SAV-Mitglieder teilen dieses Ziel und sind der AKL beigetreten, um dafür gemeinsam mit anderen Genossinnen und Genossen in der Partei zu kämpfen. DIE LINKE ist heute bei allen Unzulänglichkeiten der Ansatzpunkt, um eine solche Partei aufzubauen. Sie ist die einzige Partei, die im Bundestag gegen die Bankenrettungspakete gestimmt hat. Sie ist die einzige Partei, die die Schuldenbremse ablehnt und sie ist die wesentliche Oppositionspartei und damit wichtiger Grund dafür, dass in Deutschland, im Gegensatz zu Österreich oder den Niederlanden, keine rechtspopulistische Kraft Erfolge bei Wahlen auf Bundesebene erzielen konnte. Die LINKE ist zudem eine Partei, die zumindest den Anspruch vertritt, abhängig Beschäftigte und Erwerbslose zu vertreten.

Die Piraten erscheinen gerade als Alternative zu den anderen Parteien, weil sie anders wirken und neu sind. Sie vertreten keinen Klassenstandpunkt und auch keine radikal anderen Positionen als die etablierten Parteien. Im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen betonten sie im April 2012, sie seien zur Zusammenarbeit mit allen anderen Parteien im Landtag bereit und sprachen sich für die Erhöhung der Diäten aus. In einem anderen Landtagswahlkampf im Saarland machten sie Werbung für die Schuldenbremse.

Die Piraten können trotz ihrer inhaltlichen Schwächen jedoch gerade als angebliche Protestpartei punkten, weil DIE LINKE von vielen als linkes Korrektiv, als linke Ergänzungspartei und nicht als grundlegend andere Partei wahrgenommen wird, die nichts mit den etablierten Parteien zu tun haben will.

Motor für gesellschaftliche Veränderungen

In den letzten Jahren war die LINKE oftmals kein vorwärtstreibender Bestandteil von Bewegungen, sondern eher Zaungast. Weder in der Anti-AKW-Bewegung noch in der Bewegung gegen das Mega-Bauprojekt Stuttgart 21 wurde sie als Partei wahrgenommen, die ihren Schwerpunkt in diesen außerparlamentarischen Kämpfen sieht.

Stattdessen hat sich innerhalb der Partei eine starke Orientierung auf die Parlamente durchgesetzt. Im Osten prägte diese Parlamentsfixierung schon lange die Ausrichtung der Partei. Aber auch im Westen, wo die LINKE maßgeblich aus der ehemaligen WASG hervorgegangen ist, sitzen heute viele AktivistInnen in Kommunalparlamenten und stehen unterm Druck des täglichen parlamentarischen Betriebs.

Dabei vergisst so mancher, dass grundlegende Verbesserungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung immer durch gesellschaftlichen Druck und Kämpfe

durchgesetzt wurden und nicht durch geschicktes taktisches Agieren im Parlament. Das muss sich ändern, wenn DIE LINKE eine Partei sein will, die Motor für gesellschaftliche Veränderung ist. Die 2012 stattfindenden Proteste gegen die europaweite Verarmungspolitik und die Macht der Banken und Konzerne bieten eine Möglichkeit für die LINKE, zum politischen Bezugspunkt zu werden und einen Beitrag zu leisten, die Proteste zu einem Erfolg zu machen.

Ein positives Beispiel bietet ein Beschluss des Kreisverbands Rostock zur Eurokrise und den Protesten, der auf Initiative von AKL- und SAV-Mitgliedern zustande kam. Darin heißt es unter anderem: „Wir setzen der kapitalistischen Politik von Merkozy eine sozialistische Politik entgegen, die die Bedürfnisse der Menschen und der Natur in den Mittelpunkt stellt. Diese Krise ist eine Krise des Systems. Eine Lösung ist nur möglich, wenn die Grenzen der kapitalistischen Profitwirtschaft gesprengt werden. (...) Dem Europa der Banken und Konzerne stellen wir den gemeinsamen, internationalen Widerstand von ArbeiterInnen und sozial Benachteiligten entgegen. Wir fordern die Gewerkschaften und die Europäische Linkspartei auf, endlich ernsthafte Schritte zur Koordinierung des europaweit notwendigen Widerstands gegen die Verarmungspolitik zu betreiben. Aktionstage, internationale Demonstrationen und ein europaweiter Generalstreik sind nötig, um Merkel, Sarkozy und ihre Vasallen zu stoppen!“

Wenn solche Erklärungen nicht nur auf dem Papier beschlossen werden, sondern die Partei in diesem Geist zu z. B. den antikapitalistischen Protesten im Mai 2012 nach Frankfurt mobilisieren, in der Öffentlichkeit auftreten und dies mit einer Kampfansage an Schwarz-Gelb und die Politik im Interesse der Banken und Konzerne verknüpfen würde, kann sie erneut an aktiver Unterstützung gewinnen.

Kurswechsel jetzt

Gerade in der vor uns liegenden Periode, in der auch in Deutschland der Stellenabbau im Zuge der Krise zunehmen wird, ist eine starke LINKE nötig, die kompromisslos an der Seite von Lohnabhängigen, Erwerbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen steht.

Die Partei hat sich 2011 ein Grundsatzprogramm gegeben, das antikapitalistische Positionen vertritt. Der Beschluss des Programms hat die Stimmung an der Basis und die Stärke des linken Flügels in der Partei ausgedrückt. Doch Papier ist geduldig und die Versuche von Teilen der Partei, sie auf Regierungsbeteiligungen mit pro-kapitalistischen Parteien einzuschwören, setzt sich fort. Eine solche Regierungsbeteiligung mit der SPD hat in Berlin von 2002 bis 2011 zu einer massiven Privatisierung von Wohnraum, Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung im Öffentlichen Dienst geführt. Die LINKE Berlin büßte an Glaubwürdigkeit ein und verlor in diesem Zeitraum mehr als die Hälfte der absoluten Stimmen bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus.

Es ist nötig, dass die Parteilinke in die Offensive geht und für eine kämpferische Partei streitet, die ihre Rolle nicht als Mehrheitsbeschaffer in Parlamenten, sondern

als Instrument sieht, um erfolgreiche Kämpfe zu führen, Bewegungen politisch zu stärken und die Kräfteverhältnisse grundlegend zu ändern.

Die Krise in der Eurozone und die Schwäche der Bundesregierung erhöhen den Druck auf die Partei, sich klar zu positionieren. Im Kapitalismus stehen sich unvereinbare Klassengegensätze gegenüber. DIE LINKE muss sich entscheiden, auf welcher Seite sie steht. Sie wird nur kompromisslos für die Interessen von Arbeitern, Angestellten und Erwerbslosen kämpfen können, wenn sie die sogenannten kapitalistischen Sachzwänge ablehnt. Wenn sie dagegen die Spielregeln der Herrschenden akzeptiert, landet sie bei einer Politik des sogenannten kleineren Übels, wie sie die LINKE in Brandenburg und zuvor die Linkspartei in der Berliner Regierung betrieben hat.

In der vor uns liegenden Phase (besonders nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und dem Bundesparteitag im Juni 2012) wird sich die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Flügeln verschärfen. Die Frage, ob Oskar Lafontaine als Parteivorsitzender zurückkehrt bzw. Sarah Wagenknecht kommt oder Leute wie Dietmar Bartsch die Spitze der Partei bilden, ist nicht unwichtig. Die Parteilinke sollte aber vor allem eine politische Bilanz der letzten fünf Jahre ziehen und DIE LINKE auf einen kämpferischen, sozialistischen Kurs einstimmen.

Was zeichnet eine ArbeiterInnenpartei aus?

Der Begriff „ArbeiterInnenpartei“ führt immer wieder zu Missverständnissen. Mit dem Wort „ArbeiterIn“ verbinden viele einfach Menschen in Blaumännern, die schwere körperliche Arbeit verrichten. Der ArbeiterInnen-Begriff hat im marxistischen Sinne nichts mit der konkreten Arbeit zu tun, die jemand macht. Die Frage ist nicht, ob jemand Hand- oder Kopfarbeit macht, ArbeiterIn oder AngestellteR ist. Im marxistischen Sinne zählen alle zur ArbeiterInnenklasse, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Also alle, die abhängig beschäftigt sind, sowie alle, die es einmal sein werden oder waren. Das umfasst auch die meisten SchülerInnen und Studierende, sowie Erwerbslose und PensionistInnen. Damit ist auch klar, dass es noch eine ArbeiterInnenklasse gibt, auch wenn diese sich selber zur Zeit nicht unbedingt als „eine Klasse“ sieht. Das hängt auch damit zusammen, dass es eben keine Partei gibt, die die Interessen der ArbeiterInnen als Klasse vertritt.

Der Klassencharakter einer Partei ist von einer Reihe von Faktoren bestimmt, die in ihrer Gesamtheit, ihrer Wechselwirkung und in ihrer Entwicklung betrachtet werden müssen. Berücksichtigt werden muss Geschichte und Tradition, ihr Programm, ihre Politik, ihre Mitglieder-, FunktionärInnen- und WählerInnenbasis, ihre Verbindung zu den Gewerkschaften und nicht zuletzt, wie sie von der ArbeiterInnenklasse selbst gesehen wird. Die FPÖ mag zwar von ArbeiterInnen gewählt werden, aber ihre Mitglieder und FunktionärInnen sind in erster Linie UnternehmerInnen, aus der Mittelschicht oder aus sozial deklassierten Schichten. Sie hat keine Massenbasis in der ArbeiterInnenklasse was ihre Mitgliedschaft betrifft und sie betreibt Politik gegen ArbeiterInnen. Auch bürgerliche Parteien sind auf die Stimmen von ArbeiterInnen angewiesen – weil die ArbeiterInnenklasse heute die Mehrheit der WählerInnenschaft stellt. Das alleine macht sie aber noch nicht zu ArbeiterInnenparteien.

Die SPÖ zwar hat eine besondere Geschichte, weil sie als MassenarbeiterInnenpartei aus der ArbeiterInnenbewegung entstanden ist. Aber heute sind ihre Sektionen leer und überaltert, und eine SPÖ-Regierung setzt Politik gegen die ArbeiterInnenklasse um. Vor allem wird sie von den ArbeiterInnen nicht mehr als ihre Partei gesehen. Der Gewerkschaftseinfluss ist in den 1990er Jahren immer mehr zurückgedrängt worden, dafür wirkt die Verbindung zur SPÖ für die Gewerkschaften wie eine Fessel im Kampf. Auch der Gewerkschaftseinfluss der US-Demokraten alleine macht diese noch nicht zu einer ArbeiterInnenpartei. Es reicht eben nicht nur ein Faktor zur Charakterisierung.

Friedrich Engels erklärte 1881 in dem Artikel „Eine Arbeiterpartei“ zur damaligen Situation in England, warum die ArbeiterInnenklasse eine eigene Vertretung braucht und warum bürgerliche Parteien nicht die Interessen der ArbeiterInnen vertreten können:

„Konservative, Liberale, Radikale – sie alle vertreten nur die Interessen der herrschenden Klassen und die verschiedenen Schattierungen der Ansichten, die unter den Grundbesitzern, Kapitalisten und Kleinhändlern vorherrschen. Wenn sie die Arbeiterklasse vertreten, vertreten sie sie ganz bestimmt falsch und schlecht. Die Arbeiterklasse hat, politisch wie sozial, ihre eigenen Interessen. Wie sie für das eintritt, was sie als ihre sozialen Interessen betrachtet, das zeigt die Geschichte der Trade-Unions und der Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit. Ihre politischen Interessen aber überlässt sie fast völlig den Tories, Whigs (Liberale, Anmerkung) und Radikalen, Angehörigen der oberen Klasse; und seit nahezu einem Vierteljahrhundert hat sich die Arbeiterklasse Englands damit begnügt, sozusagen das Anhängsel der „Großen Liberalen Partei“ zu bilden.“

Das Programm zur Krise

Die Frage des Programms ist für eine linke Partei existentiell. Der Blick in andere Länder, aber auch österreichische Erfahrungen zeigen: Vom Tag ihrer Gründung an werden solche Parteien als weltfremd und populistisch beschimpft, wenn sie nicht in den allgemeinen Chor der Kürzungen und Belastungen einstimmen. Wer in Zeiten der Krise zusätzliche Investitionen in Soziales, Gesundheit, und Bildung fordert, wird von den etablierten Parteien und Medien verlacht und gefragt, wo denn das viele Geld herkommen solle. Bürgerliche Parteien schimpfen zwar über die Gier der Banken, aber die sind ja „Systemrelevant“ und „too big to fail“ und milliardenschwere Rettungspakete in dieser Logik alternativlos.

Zwar haben die meisten neuen linken Formationen (und auch Gewerkschaften) international den Slogan „Wir zahlen nicht für eure Krise“ aufgenommen, in der Praxis aber keine Alternative für die Rettungspakete aufzeigen können. Eine Reihe dieser Parteien sind über dieser Frage sogar zusammengebrochen, alle haben an Zustimmung und Mitgliedern verloren.

Gegen die „Sachzwänge“

Bürgerliche PolitikerInnen und ÖkonomInnen sprechen von „Sachzwängen“, wenn es wieder darum geht, Kürzungen oder Belastungen zu begründen. Ein Schlüssel für echte linke Politik ist es, diese Sachzwänge nicht hinzunehmen. Im Rahmen des Kapitalismus ist es tatsächlich alternativlos, fantastische Summen auszugeben, um in die Krise geratene Banken, Konzerne oder gar Staaten zu retten. Es entspricht der inneren Logik des Kapitalismus: Banken wie Lehmann & Co einfach pleite gehen zu lassen, hätte tatsächlich noch verheerendere Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, als es die Krise ohnehin schon hat. Und tatsächlich wären dadurch weitere Arbeitsplätze und Staatshaushalte bedroht.

Aber auf eben diese Logik der „Sachzwänge“ dürfen wir uns nicht einlassen. Wer sich auf die Logik der Sachzwänge einlässt, kann nur zu „Auswegen“ kommen, die kurz- oder mittelfristig schwere Angriffe auf den Lebensstandard von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen bedeuten. Auf Basis des Kapitalismus gibt es keinen Ausweg aus der Krise. Es gibt keine Alternative im Kapitalismus zur Bankenrettung, aber es gibt eine Alternative zum Kapitalismus!

Nur antikapitalistisch lässt sich die Logik der Sachzwänge brechen. Nicht was in diesem System möglich ist darf also das Programm bestimmen, sondern was notwendig ist.

Es ist nicht die Aufgabe linker Parteien sich an der Rettung des Kapitalismus zu beteiligen. Viele haben ihre sozialen Forderungen aufgeweicht „um sie an die neue Lage anzupassen“. Durch diesen Fehler haben sie viel Glaubwürdigkeit verloren. Genau wie vor der Krise sind Forderungen nach Mindestlohn, Arbeitszeitverkür-

zung und Ähnlichem richtig. Die soziale Not ist ja nicht kleiner, sondern viel, viel größer geworden.

Die Sache mit der Koalition

Offensichtlich ist aber: Eine Partei, die konsequent gegen diese Sachzwanglogik kämpft, wird keine Regierungskoalition mit einer der etablierten Parteien bilden können.

Um diese Frage fanden und finden in allen neuen linken Formationen heftige Debatten statt. Ist es nicht besser die Forderungen zu mildern und dann wenigstens diese in einer Koalition z. B. mit den Sozialdemokraten umzusetzen? Besser wenig bewegen als nichts?

Es ist eine Illusion zu glauben, gemeinsam mit einer bürgerlichen Partei, zumal in Zeiten der Krise, linke Politik machen zu können. Beispiele, wie die SPD-Linke Koalition im Land Berlin, zeigen eher das Gegenteil: Die Linke wurde als Prellbock verwendet, um brutale Maßnahmen mit linkem Siegel zu versehen. Sie fiel damit als glaubwürdige Kraft im Widerstand gegen solche Maßnahmen aus und sie verlor, leider zu Recht, an Mitgliedern und Stimmen. Das Wenige, was sie an sozialen Forderungen durchsetzen konnte, reichte nicht, um das wieder wettzumachen.

Eine Koalition mit einer bürgerlichen Partei, ja sogar das „tolerieren“ einer bürgerlichen Minderheitsregierung, heißt Mitverantwortung für deren Kürzungen und Belastungen zu übernehmen. Das widerspricht der Kernaufgabe einer linken Partei: das Organisieren und Bündeln von Widerstand gegen diese Maßnahmen!

„Wir zahlen nicht für eure Krise!“

International haben die Regierungen den allergrößten Teil der Krisenkosten mit Einsparungen bei Sozialem, Gesundheit und Bildung sowie Belastungen gegen die ArbeiterInnenklasse finanziert. Zusätzlich wurden mit Verweis auf die schlechte Lage der Wirtschaft ArbeitnehmerInnenrechte abgebaut und die Repression verschärft. Gleichzeitig wurde in den großen Unternehmen weiter Geld an die AktionärInnen ausgeschüttet und große Boni an ManagerInnen gezahlt.

Natürlich muss eine linke Partei all das entschieden ablehnen und Widerstand organisieren. Entsprechend muss ihr Programm auch jene Teile stärker betonen, die in der Krise an Bedeutung gewinnen. Für den Rahmen eines solchen Anti-Krisen-Programms in Österreich schlagen wir folgende Forderungen vor:

***Stopp der Zinszahlung an MillionärInnen:
Volle Entschuldung der öffentlichen Haushalte!***

In Griechenland ist die Situation besonders extrem, aber auch hierzulande klagen Bund, Länder und Kommunen über leere Kassen. Dabei gehen gute Teile der öffent-

lichen Budgets für Zinszahlungen drauf. Dieses Geld fehlt dann bei Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern...

Diese Kredite wurden nicht aufgenommen, weil die öffentliche Hand nicht wirtschaften kann, sondern weil damit immer wieder z. B. Steuererleichterungen für Reiche finanziert wurden. Griechische, europäische und auch österreichische Banken haben Extraprofite gemacht, indem sie billig (1% Verzinsung) von der Europäischen Zentralbank EZB Geld borgten und es dann an Griechenland weiterverborgten, zu allerdings weit höheren Zinsen. Österreich hat allein durch die griechischen Zinszahlungen bereits 62 Millionen Euro Gewinn gemacht. Die Banken verwenden dieses Geld auch nicht dafür, günstige (Klein-) Kredite zu vergeben, um die Wirtschaft anzukurbeln, sondern parken es oder stecken es in immer riskantere Anlageformen. Die griechische Bewegung fordert u. a. die Nicht-Bezahlung der Schulden. Und sie hat Recht damit!

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich: die 30-Stunden-Woche!

In Ländern wie Griechenland, Portugal oder Spanien sind 50 % aller Jugendlichen ohne Job. Tendenz steigend. 25 Millionen Menschen in Europa sind ohne bezahlte Arbeit. Arbeitslosigkeit ist aber vor allem eine Frage der Arbeitsverteilung. Es ist absurd, wenn die Einen immer länger arbeiten sollen und oft zusätzlich unbezahlte Überstunden leisten, während Andere um einen Arbeitsplatz betteln sollen. Eine gerechte Verteilung würde also allen nutzen. Natürlich muss den Beschäftigten der volle Lohn weiter ausgezahlt werden. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist eine alte. Und immer haben die Unternehmen behauptet, es wäre ihr Ruin. Und nie hat es gestimmt. Erreicht wurde eine echte Verkürzung der Arbeitszeit (durch kürzere Wochenarbeitszeit, mehr Urlaub, ein niedrigeres Pensionsantrittsalter) aber nie durch gute Argumente, sondern immer nur durch Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung.

Mindestlohn: Mindestens € 1.200,- netto!

Gerade in der Krise wird verstärkt Lohndumping betrieben. Aus Angst vor Arbeitslosigkeit nehmen Menschen Jobs an, von deren Lohn kaum zu leben ist. Leiharbeit unterwandert die Kollektivverträge. Um das abzustellen, hilft ein Mindestlohn! Das alleine reicht aber noch nicht: Um Armut zu bekämpfen braucht es auch eine Mindestpension und ein Arbeitslosengeld von mindestens € 1.200,-! Nicht finanzierbar? Auch in den letzten Jahren gab es riesige Gewinne bei Konzernen, wurden Dividenden ausgeschüttet, erhielt das Management fette Boni. Die Welt ist reich genug, um allen ein Einkommen zu ermöglichen, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht!

Verstaatlichung von Banken und Schlüsselindustrie - in den Händen der Beschäftigten!

Trotz zahlreicher Versprechen von PolitikerInnen ist die oft gehörte Forderung nach mehr Kontrolle des Finanzsektors unerfüllt geblieben. Letztendlich wurde die Krise

auch nicht, wie oft behauptet, nur von ein paar gierigen SpekulantInnen verursacht, sondern ist Konsequenz des Profitzwangs im kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Um diese Logik zu brechen müssen alle Banken verstaatlicht werden! Nur so kann eine Sanierung stattfinden, die nicht zu Lasten der Bevölkerung und der kleinen EinlegerInnen geht. Dazu dürfen die verstaatlichten Banken nicht mehr in Konkurrenz gegeneinander arbeiten, sondern müssen nach rationalen Gesichtspunkten dem Wohl der Gesellschaft dienen. Sie müssen sich an den Bedürfnissen der Allgemeinheit und nicht an kapitalistischer Profitlogik orientieren.

Wenn Betriebe von einer Pleite bedroht sind, greift der Staat auch im Kapitalismus manchmal ein und übernimmt den Betrieb, um Arbeitsplätze zu sichern. Tatsächlich werden aber oft nur die defizitären Bereiche übernommen und die gewinnbringenden in privaten Händen belassen. Sobald der Betrieb mit staatlichen Mitteln wieder in den grünen Bereich gekommen ist, wird er wieder verkauft. So werden die Kosten auf alle verteilt, aber die Profite landen wieder auf privaten Konten.

Doch im Kapitalismus arbeiten auch verstaatlichte Betriebe innerhalb der Logik dieses zerstörerischen Systems. Um sie tatsächlich zum Wohle aller arbeiten zu lassen, müssen sie unter die Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigten und Gewerkschaften gestellt werden und die Profite müssen allen zu Gute kommen. Dies wird der bürgerliche Staat nicht zulassen – Die Kontrolle über die Betriebe müssen wir uns durch Streiks und Besetzungen selbst erkämpfen und dieser Kampf geht Hand in Hand mit dem Kampf für eine andere, eine sozialistische Gesellschaft.

Antikapitalistische und internationale Perspektive

Grundlage eines linken Programms ist aber: Diese Maßnahmen werden nicht ausreichen, um die zahlreichen Widersprüche und Konflikte im Kapitalismus glattzubügeln. Maßnahmen, die einen „gerechten Kapitalismus“ versprechen, wie die Finanztransaktionssteuer („TobinTax“) oder zinsfreie Währungen scheitern offensichtlich schon am Widerstand der Mächtigen und greifen ohnehin zu kurz.

Der Kapitalismus und seine Krise sind international – und so muss auch die anti-kapitalistische Antwort darauf sein. Der Horizont einer ArbeiterInnenpartei kann nicht bei den „eigenen“ nationalen Grenzen enden – Sie muss Kämpfe in anderen Ländern unterstützen und die Idee der internationalen Solidarität aktiv verbreiten.

Die Antwort auf die Grausamkeiten des Kapitalismus ist der Kampf für einen demokratischen Sozialismus. Eine Gesellschaft, in der die Menschen tatsächlich selber jene Entscheidungen gemeinsam fällen, die sie auch betreffen. Und das in jedem Lebensbereich, egal ob Wohnhaus, Arbeitsplatz oder Schule.

Für viele ist das so noch zu abstrakt. Einfach nur die Forderung nach Revolution und Sozialismus aufzustellen nützt also nichts. Die Aufgabe einer linken Partei besteht darin, diese Perspektive in die vielen Kämpfe und Auseinandersetzungen

zu tragen und zu bewerben. Über die Erfahrung des gemeinsamen, demokratisch organisierten Kampfes können die Menschen sich ihrer Stärke bewusst werden. Das ist der Keim für eine Revolution und eine sozialistische Gesellschaft.

Die Idee des demokratischen Sozialismus darf für eine linke Partei nicht zur Phrase verkommen, sondern muss in ihrem Programm und ihrer Arbeit immer die Perspektive sein.

Die meisten neuen linken Formationen werden sich nicht von Anfang an ein solches Programm geben. Die SLP wird sie trotzdem unterstützen und innerhalb dieser Formationen für ein sozialistisches Programm kämpfen.

Mythen und Märchen ...

... oder fünf gängige Ausreden, um immer noch in der SPÖ zu bleiben

I Die SPÖ ist zumindest der wesentliche Garant Die Sozialdemokratie ist schon immer die einzige linke Partei in Österreich gewesen

Die österreichische Sozialdemokratie fiel in Hainfeld 1889/90 nicht vom Himmel. Vielmehr war sie das Ergebnis eines mehr als 25-jährigen Formierungsprozesses; ein Hinweis darauf, dass solche Prozesse fast immer kompliziert und langwierig (gewesen) sein können. Die Partei umgab sich zwar in der Folge gerne mit der Aura einer unerschütterlichen Einheit, durchlebte aber in Wahrheit auch in ihren ersten Jahren politische Polarisierungs- und (v. a. nationale) Spaltungsprozesse. Mit dem Beginn des 1. Weltkrieges hörte die Organisation in der Praxis zu existieren auf. Sie war durch ihre faktische Zustimmung zum Krieg von der Parteiführung politisch beerdigt worden.

Erst die Streiks und die Rätebewegung 1917/18 belebten die tote Struktur zu neuem Leben. Ab diesem Zeitpunkt diente der Appell an die Einheit nur mehr als Drohung gegenüber der Parteilinken, die sich tatsächlich unterordnete. Statt vorher gegen das Zurückweichen gegenüber dem Faschismus zu handeln, wurde erst die Niederlage im Februar zur Zäsur. Der ArbeiterInnenaufstand gegen den Austrofaschismus, der am 12. Februar 1934 ohne Unterstützung und gegen den Willen der sozialdemokratischen Parteiführung stattfand, machte eine Neuformierung der Linken unausweichlich: Ein Teil der noch aktiven Basis ging zur KPÖ und machte diese erstmals zu einer relevanten Kraft. Andere gründeten mit den Revolutionären Sozialisten (RS) eine Organisation, welche die stalinistische KPÖ in vielen Punkten sogar klar links überholte.

Der ursprüngliche Nachkriegsname der SPÖ lautete „Sozialistische Partei Österreichs“ und sollte die Symbiose aus den Traditionen der legalen Sozialdemokratie vor 1934 und den RS symbolisieren. Tatsächlich wurde die Parteilinke schnell an den Rand gedrängt und in der Folge soweit ausgegrenzt, dass eine ihrer HauptexponentInnen sogar Selbstmord beging. Die aktive Niederschlagung des Oktoberstreiks 1950 bedeutete eine weitere Zäsur: Linke Exponenten und Traditionen wurden systematisch marginalisiert. Der Stalinismus der völlig Moskau-hörigen KPÖ spielte in diesem Zusammenhang den rechten Bürokraten immer wieder in die Hände. Anders als in anderen Staaten bildete sich v. a. auch in den Gewerkschaften zu keinem Zeitpunkt eine relevante linke Strömung. Neuformierungen erfolgten in diesem Umfeld in der Folge wenn, dann nach rechts. Bemerkenswert ist hier etwa der Fall der rechtspopulistischen „Demokratischen Fortschrittspartei“ des ehemaligen ÖGB-Präsidenten Olah Ende der 1960er Jahre. Spaltungen „nach links“ erfolgten in der Regel von oben – durch Ausschlüsse. Das galt v. a. in den 1970er und 1980er Jahren, als die Jugendorganisationen zu einem interessanten Betätigungsfeld

für linke AktivistInnen wurden. Im „Zweifelsfalle“ löste die Parteibürokratie hier ganze Teilorganisationen wie den „Verband Sozialistischer Mittelschüler“ (VSM) in den 70er Jahren auf. Auch Anfang der 1990er Jahre folgte in Wien, Salzburg und Oberösterreich eine Ausschlusswelle, bei der u. a. die halbe SJ Wien aufgelöst wurde. Unter Einheit versteht die SPÖ-Führung heute mehr denn je Unterordnung in diesem Sinne. Das bedeutet freilich auch Unterordnung gegenüber einer Politik, die heute anders ist als selbst in 1970er und 1980er Jahren.

2 *Die SPÖ ist immer noch wie vor eine soziale Alternative – wenn etwas falsch läuft, ist der Koalitionspartner schuld*

Sparpakete im Bund, Bettelverbote in Wien, Forderungen nach Studiengebühren aus der SPÖ Salzburg und ein brutaler Sozialabbaukurs durch die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in der Steiermark – (auch) wo die SPÖ regiert, herrscht ein neoliberaler Kurs. Das Sündenregister ist nicht nur lang, sondern steht für einen langjährigen und fundamentalen Kurswechsel. Seit den 1980ern haben sozialdemokratische Bundeskanzler, Finanz- und Verstaatlichtenminister (letztere gibt es heute nicht mehr!) die neoliberale Wende selbst (mit-)eingeleitet und in Österreich durchgeführt. In Fragen der Asyl-, Migrations- und Sicherheitspolitik fungiert die SPÖ zeitweise sogar als Rechtsüberholer – viele Verschärfungen der letzten Jahre und Jahrzehnte tragen eine „sozialdemokratische“ Handschrift. Und gerade die Jahre von „Schwarz-blau“ unterstreichen, dass die immer wieder aktuelle Ausrede „die ÖVP ist schuld“ nicht zählt. Im Jahr 2000 existierte bereits ein fix und fertiges Regierungseinkommen, welches die Spitzen von SPÖ und ÖVP unterschrieben hatten, aber dann von ÖVP und FPÖ durchgezogen wurde. Gescheitert ist die Neuaufgabe der Koalition nicht an der SPÖ, sondern am Widerstand aus den Gewerkschaften.

3 *Die SPÖ ist die Partei der GewerkschafterInnen*

Es stimmt: Die österreichischen Gewerkschaften wären ohne die historische Initiative der damals marxistischen Sozialdemokratie nicht entstanden. Vor 120 Jahren haben SozialistInnen die Initiative ergriffen, moderne und demokratische Kampforganisationen in Form von Gewerkschaften zu schaffen. Fortan galt eine Grundidee: Gewerkschaften brauchen und unterstützen mit der Sozialdemokratie jene politischen Kräfte, welche ihre Forderungen vertreten. Der ÖGB in der 2. Republik war demgegenüber eine Gründung „von oben“ und fest im System der „Sozialpartnerschaft“ verankert. In diesem System nahmen GewerkschaftsfunktionärInnen über Parteifunktionen und öffentliche Ämter Einfluss auf die Tagespolitik und wurden Teil der politischen Elite. Obwohl die Gewerkschaften fast vollständig bürokratisch verknöcherten (und damit auch die Basis für die späteren Skandale gelegt war), „funktionierte“ das System, solange die ökonomische und politische Entwicklung den ArbeitnehmerInnen gewisse Verteilungsspielräume zugestand. Mit dem neoliberalen Wandel der SPÖ wandelten sich auch diese Voraussetzungen grundlegend: Zum einen wurden GewerkschafterInnen aktiv aus Funktionen der SPÖ hinausgedrängt (Gusenbauer erließ sogar entsprechende Funktionsverbote). Zum anderen

vollzogen und vollziehen jene GewerkschafterInnen, die heute beispielsweise im Parlament sitzen, regelmäßig die neoliberale Politik der SPÖ mit und helfen damit auch, diese in die Gewerkschaften zu tragen. Die Beziehung zwischen SPÖ und Gewerkschaften stellt sich heute einseitig dar: Erstere profitieren – durch Zahlungen an die Partei und durch das Stillhalten des ÖGB gegenüber der Regierungspolitik. Zweitere verlieren – an Mitgliedern, gesellschaftlichem Einfluss und natürlich im Sinne von Verschlechterungen der Lebenssituation der Gewerkschaftsbasis. Letztere hat gegenüber der SPÖ übrigens auch schon lange „mit den Füßen“ abgestimmt. Bereits seit den 1990ern ist es ein offenes Geheimnis, dass sich ein immer größerer Teil der BetriebsrätInnen keiner Gewerkschaftsfraktion mehr zugehörig fühlt, in manchen Bereichen sogar mehr als die Hälfte. Ein Umstand der sich freilich in Gremien des ÖGB aufgrund seltsamer Wahl- und Entscheidungsfindungsprozesse bis heute nicht widerspiegelt. In diesem Sinne bedarf es einer offenen Diskussion und echten Strukturreform des ÖGB. Dabei geht es nicht um die „Entpolitisierung“ der Gewerkschaften, sondern vielmehr darum, an welche politischen Kräfte der ÖGB heute strategisch andocken soll.

4 *Man darf die Partei nicht den Karrieristen überlassen*

Rein numerisch ist die SPÖ in den letzten Jahrzehnten förmlich implodiert: Von den über 700 000 Mitgliedern sind nach offiziellen Angaben gerade einmal noch 243 000 Personen übrig. Schon vor mehreren Jahren kursierte zudem die Feststellung, dass die Partei mehr Mitglieder über 80 als unter 20 Jahren vereint. Trotzdem: Es sind in der SPÖ noch immer auch Menschen organisiert, die es ernst meinen mit linken oder sozialistischen Zielsetzungen. In unregelmäßigen Abständen tauchen zudem Initiativen auf mit dem Anspruch, eine andere Stoßrichtung in die SPÖ zu bringen: Konkret waren das in den letzten Jahren die Plattform „Wir sind SPÖ“ und die „Sektion 8“ in der SPÖ Wien-Alsergrund. Angesichts der relativen Schwäche von linken und sozialistischen Kräften ist es aber auch wichtig, die Frage zu diskutieren, ob die SPÖ nach ihrem jahrzehntelangen organisatorischen und politischen Substanzverlust tatsächlich noch ein zentrales Feld der „linken Intervention“ darstellen kann. Gerade Menschen, die sich heute in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen politisieren, können mit der Sozialdemokratie nichts mehr anfangen und nehmen sie vielmehr als Gegner denn als mögliche Plattform wahr. Wer heute als Linker trotzdem noch in der SPÖ bleibt, muss sich zudem die Frage gefallen lassen, wie der Kurs der Parteiführung konkret bekämpft werden soll. Dies kann tatsächlich weder durch den Rückzug auf bestimmte von der Partei selbst zugestandene Nischen oder Reservate geschehen. Noch ist das ohne ein Bündnis mit linken Kräften außerhalb der Partei möglich. Die Realität zeigt hier allerdings eine gegenläufige Entwicklung: Jene linken Einzelkämpfer, die noch in der SPÖ vorhanden sind, haben in den letzten Jahren faktisch resigniert und sich vor allem auf den Bereich der Bildungsarbeit zurückgezogen. Und die Oppositionsinitiativen der letzten Jahre haben sich gescheut, die Nähe zu anderen linken Kräften zu suchen, weil dies sofort zu einer bürokratischen Reaktion des Parteiapparats geführt hätte – der sich der Gefahr einer solchen Entwicklung offenbar durchaus bewusst ist ...

5 Die SPÖ ist zumindest der wesentliche Garant gegen die FPÖ in der Regierung

Tagtäglich trägt die SPÖ dazu bei, FPÖ-Positionen salonfähig zu machen. So hält sie etwa in Wien aktuell fest: „Die gemeinsame Sprache in Wien ist Deutsch. Wer hier leben will, muss Deutsch können.“ Die in der Vergangenheit proklamierte „Ausgrenzung“ der FPÖ ist auf regionaler Ebene immer schon Makulatur gewesen: In zahlreichen Städten und Gemeinden arbeiten SPÖ und FPÖ eng zusammen. In drittgrößten Stadt des Landes (Linz) haben SPÖ, FPÖ und Grüne z. B. im November 2011 ein gemeinsames „Sozialprogramm“ präsentiert. Umgekehrt präsentiert sich die FPÖ nicht umsonst als „soziale Partei“, die angeblich auch gegen die Banken, Konzerne und die neoliberale EU kämpft. Sie versucht bewusst in das riesige „soziale“ Vakuum vorzudringen, welches durch die neoliberale SPÖ-Politik geschaffen wurde. Die FPÖ belässt es dabei freilich nicht nur bei der populistischen Thematisierung dieser Politik, sondern besetzt gerade auch das Feld „Soziales“ mit ihren rassistischen „Lösungen“. Das scheinbar entscheidende Argument für ein strategisches Festhalten an der SPÖ ist in Wahrheit das schwächste. Die SPÖ hat den Aufstieg der FPÖ nämlich nicht verhindert, sondern ermöglicht.

Statt einer Zusammenfassung: Wäre eine neue linke Kraft ohne reale Chancen?

Die Gegenfrage lautet zunächst: Warum sollte man weiter an der SPÖ festhalten? Ein Blick in die Geschichte zeigt zunächst, wie der Wunsch nach Einheit zur Marginalisierung linker Positionen in der SPÖ missbraucht wurde. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob wir uns nicht längst wieder an einer historischen Bruchstelle befinden, wo eine Neuformierung auf der Linken nötig ist. Bedeutet nicht der langjährige politische und damit verbundene strukturelle Wandlungsprozess der SPÖ zu einer neoliberalen Partei mit dramatisch schwindender Basis vielleicht einen ähnlichen Prozess, wie er Hainfeld 1889/90 vorangegangen ist, nämlich eine Sammlung und schließlich Vereinigung verschiedener linker und gewerkschaftlicher Strömungen zu einer neuen Partei? Zeigt die Erfahrung der Zwischenkriegszeit nicht, dass rechtzeitiges Handeln im Sinne des Aufbaus von Alternativen gegen Rechts vielleicht auch heute geboten ist?

SLP & die neue ArbeiterInnenpartei: Wie passt das zusammen?

Die SLP bringt in jede Bewegung die Notwendigkeit des Aufbaus einer neuen ArbeiterInnenpartei ein. Gleichzeitig fordern wir alle InteressentInnen zum Beitritt in unsere Organisation auf, die dann lernen müssen, dass wir diese neue ArbeiterInnen-Partei nicht sind. Verwirrt?

Eine neue ArbeiterInnenpartei wird aus Massenbewegungen heraus entstehen. Wir wirken sowohl in Österreich als auch international an diesen Bewegungen mit und unterbreiten Vorschläge, wie diese zum Erfolg kommen können. Dabei stützen wir uns auf Jahrhunderte der Erfahrung der internationalen ArbeiterInnenbewegung. Das reicht von den Erfahrungen der Pariser Commune, als ArbeiterInnen das erste Mal in einer Stadt die Macht ergriffen, über die Russische Revolution und die Erfahrungen mit dem Stalinismus bis zu vielem mehr.

Die SLP hat heute eine „doppelte Aufgabe“: der Aufbau einer revolutionären Partei, der SLP, und der Aufbau einer neuen ArbeiterInnen-Partei. Letzteres werden wir nicht alleine bewerkstelligen.

In Bewegungen kommen viele Fragestellungen immer wieder auf: Wie soll man sich organisieren? Welche Forderungen stellt man auf? Als marxistische Organisation sehen wir einen Teil unserer Aufgabe darin, das historische Gedächtnis der ArbeiterInnenbewegung zu sein. Wer nichts aus den Erfahrungen vergangener Bewegungen lernt, ist verdammt, deren Fehler zu wiederholen. Auf der anderen Seite kann man so erfahren, welche Kampfmethoden zum Erfolg führen können.

Deshalb tritt unsere deutsche Schwesterorganisation zum Beispiel gegen Regierungsbeteiligungen der Linkspartei und für ein sozialistisches Programm dieser Partei ein. Nur so kann sich die Linkspartei vorwärts entwickeln. Wir sind davon überzeugt, dass schon die pure Existenz einer neuen ArbeiterInnenpartei ein Fortschritt für die ArbeiterInnenklasse ist. In den letzten Jahren gab es verschiedene Klassenkämpfe und soziale Bewegungen in Österreich: Streik gegen Pensionsreform 2003, Proteste gegen Spitalsreform in Oberösterreich und in der Steiermark gegen das Sparpaket 2011, der wachsende Widerstand gegen die unmenschliche Abschiebepolitik und die Hetze der FPÖ. All diese Bewegungen hätten wesentlich größere Erfolge erzielen können, wenn sie einen politischen Bündnispartner gehabt hätten, eine ArbeiterInnenpartei, die diese Kämpfe auch verbunden und auf eine höhere Stufe gestellt hätte.

Wir wissen heute nicht, wie die neue Formation, die auch in Österreich entstehen wird, aussieht, welche Kräfte darin sein werden, wie sie sich entwickeln wird. Die SLP wird sich an diesem Prozess auf jeden Fall beteiligen. MarxistInnen sind keine unbeteiligten KommentatorInnen am Straßenrand sondern kämpfen aktiv für den Erfolg jeder Bewegung und jedes Streiks. Darum ist unser Kampf für eine revolu-

tionäre Veränderung immer mit den tagesaktuellen Kämpfen verbunden. Nur so können wir Menschen von der Richtigkeit unserer Methoden überzeugen. Es wird in einer solchen neuen Partei Debatten über Programm und Strategie geben. Wir treten für eine revolutionäre sozialistische Ausrichtung dieser Partei ein – und versuchen, unsere MitstreiterInnen in den konkreten Kampagnen wie auch in grundsätzlichen Diskussionen davon zu überzeugen.

Wir sind aber auch überzeugt, dass eine solche neue Partei letztlich die Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems als Ziel haben muss, um gerade aktuell in Zeiten der Krise, wo der Raum für reformistische Versuche immer enger wird, eine echte Alternative darstellen zu können. Dafür muss sie aktiv kämpfen, das Ziel darf nicht zu bloßen Sonntagsreden verkommen. Damit eine neue ArbeiterInnenpartei ein solches Programm hat und unter dem enormen Druck auch beibehält, brauchen neue politische Formationen ein marxistisches Rückgrat. Beispiele wie die NPA und die SSP zeigen, dass das Fehlen eines solchen Rückgrates rasch zur Verwässerung des Programms führt. Wir sehen unsere Aufgabe als SLP nicht nur darin, eine solche neue ArbeiterInnen-Partei (mit) aufzubauen, sondern auch darin, dieses Rückgrat zu stellen und aufzubauen. Wir kämpfen auch dafür, dass die neuen Formationen ein ganz konkretes sozialistisches Programm haben, eine sozialistische Perspektive und eine revolutionäre Strategie. Denn für die Durchsetzung einer sozialistischen Gesellschaft braucht es eine revolutionäre Umwälzung. Eine solche Umwälzung ist jedoch nur möglich, wenn eine revolutionäre ArbeiterInnen-Massenpartei existiert, die die Unterstützung der breiten Mehrheit der ArbeiterInnen hinter sich hat.

Die SLP ist diese neue ArbeiterInnenpartei nicht – auch wenn wir die entschlossensten und engagiertesten KämpferInnen FÜR diese neue Formation sind. Wenn du mit den Inhalten dieser Broschüre einverstanden bist, möchten wir dich zum Beitritt in die SLP einladen. Komm zu einer unserer Ortsgruppen und beteilige dich an Diskussionen. Nimm an unseren Aktionen teil. Die SLP ist die einzige Organisation in Österreich, die die Forderung nach einer neuen ArbeiterInnenpartei konsequent vertritt. Je mehr aktive Mitglieder wir haben, desto mehr können wir dieser Forderung Gehör verschaffen. Je stärker wir sind, je verwurzelter wir in Betrieben und Stadtvierteln sind, desto erfolgreicher können wir dafür kämpfen, dass neue politische Formationen zu revolutionären sozialistischen ArbeiterInnenparteien werden.

Die SLP lebt von der Aktivität ihrer Mitglieder. Wir haben keinen großen bürokratischen Apparat. Wir sind finanziell unabhängig. Wir finanzieren uns allein durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Wir sind stolz darauf, eine sozialistische Monatszeitung zu produzieren, mit der wir in Demonstrationen, Streiks und andere Kämpfe intervenieren können. Diese Zeitung wird nicht von bezahlten JournalistInnen, sondern von normalen Menschen geschrieben, die selber an Kämpfen beteiligt sind. Eine sozialistische Gesellschaft kann nur international erkämpft werden, deshalb sind wir Teil einer internationalen marxistischen Organisation: dem Komitee für eine ArbeiterInneninternationale, das auch international für den Aufbau neuer ArbeiterInnenparteien kämpft.

Thesen der SLP zur Frage einer Linkspartei in Österreich (2008)

1. Es gibt den Wunsch nach einer politischen Alternative: 42 % der NichtwählerInnen von 2006 meinten, dass alle bei der Nationalratswahl antretenden Parteien unattraktiv seien (= 588 000). „An Stammtischen verkündet sowieso eine Mehrheit, bloß das kleinste Übel gewählt zu haben“, meint der Politologe Filzmaier im März 2008. Die Ablehnung der etablierten Parteien steigt ebenso wie der Wunsch nach etwas Anderem, Neuem.
2. Seit der Rechtsentwicklung der SPÖ in den 1980er und 1990er Jahren, hat die ArbeiterInnenklasse, haben die sozial Schwachen keine politische Vertretung mehr. Die SPÖ ist eine „normale“ bürgerliche Partei geworden (wenn auch zweifellos mit einer speziellen Geschichte), die neoliberale Politik betreibt und in der sich der Druck aus der ArbeiterInnenbewegung, speziell den Gewerkschaften, nicht widerspiegelt.
3. Es gibt die Notwendigkeit nach einer neuen politischen Vertretung der ArbeiterInnen und Jugendlichen: Alle etablierten Parteien sind völlig in der neoliberalen Logik verhaftet. Vor dem Hintergrund einer drohenden Rezession bedeutet das eine Intensivierung der – schon in „Aufschwung“zeiten betriebenen – Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse in den Bereichen Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit, Sozialleistungen, Einkommen, Bildung und Gesundheit. Um den ständigen Angriffen auf den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse etwas entgegenzusetzen zu können, braucht es eine neue politische Vertretung.
4. Der subjektive Wunsch vieler und die objektive Notwendigkeit für eine solche neue Partei reichen aber offensichtlich nicht zur Bildung einer solchen aus. Während es in einer Reihe von Ländern (Deutschland, Brasilien, Belgien, Frankreich, Britannien...) lebhaft Debatten, Ansätze oder sogar schon neue Formationen gibt, verzögert sich dieser Prozess in Österreich. Dafür gibt es zwei Gründe:
 - Die österreichische Geschichte und die jahrzehntelange Hegemonie der SPÖ über die ArbeiterInnenklasse. Es gibt wenig Erfahrung mit Abspaltungen und Neugründungen – das geht zurück bis 1918, wo in Österreich, im Gegensatz zu Deutschland, die Linke weitgehend in der Sozialdemokratie verblieb.
 - Das Entstehen neuer Formationen erfolgt nicht aus dem bloßen Wunsch heraus, sondern braucht objektive Rahmenbedingungen: Klassenkämpfe, soziale Bewegungen und Individuen, die Initialzündungen geben können. Durch die Rolle und insbesondere die Krise des ÖGB verzögert sich dieser Prozess in Österreich. Der ÖGB setzt traditionell kaum auf Klassenkämpfe, durch seine Krise wurde die 2003 begonnene kämpferischere Politik wieder eingefroren. Dennoch wird die ÖGB-Führung nicht auf Dauer Klassenkämpfe verhindern können.

5. Durch die Verzögerung von Klassenkämpfen kommen sozialen Bewegungen, wie es sie in Ansätzen um die Frage einer EU-Volksabstimmung bzw. der Postprivatisierung gab, eine größere Bedeutung zu: Die SLP lädt daher auch zu gemeinsamen Aktionen von GewerkschafterInnen gegen jede Packelei mit ÖVP und FPÖ ein.
6. Im Neuformierungsprozess ist es wichtig, die Lehren aus den Erfahrungen anderer Länder zu ziehen: Diesen „Vorteil“ aus der Verzögerung des Prozesses in Österreich sollten wir ziehen. Aus der Sicht der SLP sind die wichtigsten Lehren:
 - Eine neue Formation muss eine aktive, kämpferische Politik fahren. Sie beschränkt sich nicht aufs Kommentieren, sondern greift in Kämpfe ein bzw. initiiert diese auch.
 - Eine neue Formation braucht demokratische Strukturen, in denen Individuen ebenso wie existierende Organisationen sich einbringen können.
 - Eine neue Formation beschränkt sich nicht auf eine Kritik kapitalistischer Auswüchse, sondern stellt den Kapitalismus an sich in Frage. Bleibt sie in der kapitalistischen Logik verhaftet, findet sie sich rasch bei der Legitimierung von Sozialabbau wieder.
7. Die Existenz einer starken neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche steht in einer Wechselwirkung mit der Existenz einer pseudo-antikapitalistischen rechtsextremen Formation. Gibt es keine linke Alternative, können rechte Parteien wie die FPÖ dieses Vakuum füllen. Der effektivste Kampf gegen FPÖ & Co ist daher der erfolgreiche Aufbau einer antikapitalistischen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche.
8. Für den Aufbau einer solchen neuen politischen Kraft kommt GewerkschafterInnen eine besondere Rolle zu, da eine solche neue Partei eine Partei der ArbeiterInnenklasse sein muss und Klassenkämpfen bei ihrer Entstehung eine wichtige Aufgabe zu kommt. Linke, die für den Aufbau einer solchen neuen Kraft eintreten, müssen daher auch in und um die Gewerkschaften arbeiten und die Idee einer solchen neuen Kraft propagieren.
9. Die SLP betont die Notwendigkeit des Aufbaus einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche seit langem. Wir sehen es als unsere Aufgabe, alle Schritte (wie bei Neuwahlen eine neue Kandidatur – kein KP-Bündnis unter anderem Namen – links von SPÖ und Grünen) in diese Richtung zu unterstützen und unsere Erfahrungen aus Kampagnen und Kandidaturen sowie die weitergehenden Erfahrungen aus anderen Ländern in diesen Prozess einzubringen.



Die Sozialistische Linkspartei: Aktiv, international, sozialistisch!

Die SLP ist aktiv. Die SLP ist aktiver Bestandteil der Jugendbewegung gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Die SLP ist Teil der Frauenbewegung gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen und aktive Opposition in den Gewerkschaften für einen kämpferischen Kurswechsel.

Die SLP ist international. Wir sind Teil des „Komitees für eine ArbeiterInnen Internationale“ (CWI/KAI), dem Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir verstehen uns als Fortsetzung der besten und kämpferischsten Traditionen der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung der letzten 150 Jahre.

Die SLP ist demokratisch. Wir haben keine Privilegien zu vergeben. Wir sind vom Establishment, den bürgerlichen Parteien, Konzernen etc. unabhängig. Wir sind keine KarrieristInnen; FunktionärInnen auf allen Ebenen beziehen maximal einen durchschnittlichen FacharbeiterInnen-Lohn.

Die SLP ist sozialistisch. Unser Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ der Vergangenheit hatten mit Sozialismus nichts zu tun.

Monatlich sozialistische Nachrichten. Die SLP bringt in ihrer Zeitung **VORWÄRTS** monatlich sozialistische Standpunkte, Analysen zu aktuellen politischen – nationalen wie internationalen – Fragen und Berichte aus Betrieben, Gewerkschaften und politischen Kampagnen. Das **VORWÄRTS** können Sie/kannst du abonnieren.

Mitmachen. Mitglied werden kann, wer mit den Ideen der SLP/CWI grundsätzlich übereinstimmt und sich aktiv an der Arbeit der Partei beteiligt. Es ist selbstverständlich, dass in der SLP Rassismus und Sexismus nichts verloren haben. Wir stehen für die Einheit der ArbeiterInnenklasse! Wenn Sie / Du Interesse an einem näheren Kennenlernen der SLP oder einer Mitgliedschaft haben / hast, dann zögere Sie / zögere nicht, uns zu kontaktieren.

☎ 01/524 6310 ✉ slp@slp.at 🌐 www.slp.at

SLP
Sozialistische Linkspartei

